



Niederschrift über die Verhandlungen des

Gemeinderates

vom 19. Juli 1984

Nicht - Öffentlich

amtszahl:
sitzender: OBM. Dr. Weinmann
Mitglieder - Abwesend: StR. Maier, Münzer, Abele und Schwarz
entschuldigt
geordnete: Erster BM. Giebler, BM. Casse, BM. Friese
und BM. Bauer

- 233 -

Mögliche Beeinträchtigung von Belangen der
Stadt Heilbronn und ihrer Bürger durch
die Stationierung von Nuklearwaffen
auf der Waldheide

Auf die Niederschrift über die Verhandlungen des Verwaltungsausschusses vom 18. Juni 1984 -96 nö.- wird verwiesen.

Den Mitgliedern des Gemeinderates ist der Bericht des Rechtsamtes vom 14. Juni 1984 als Gemeinderatsdrucksache Nr. 253 zugegangen.

Der Bericht des Rechtsamtes vom 14. Juni 1984 ist als Anlage 1 angeschlossen.

Als Ergänzung zu Gemeinderatsdrucksache Nr. 253 erhielten die Mitglieder des Gemeinderates einen weiteren Bericht des Rechtsamtes vom 22. Juni 1984 mit Schreiben der SPD-Fraktion vom 9. Juni 1984, vom 27. Oktober 1983, vom 6. Juni 1983 und vom 23. Oktober 1982 sowie einen Bericht des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtforschung vom 26. Mai 1983.

Der Bericht des Rechtsamtes vom 22. Juni 1984 sowie die Schreiben der SPD-Fraktion vom 9. Juni 1984, vom 27. Oktober 1983, vom 6. Juni 1983, vom 23. Oktober 1982 und der Bericht des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtforschung vom 26. Mai 1983 sind als Anlage 2 angeschlossen.

Ferner erhielten die Mitglieder des Gemeinderates ein Schreiben von Herrn StR. Theilacker vom 14. Juli 1984 als Tischvorlage ausgeteilt.

Das Schreiben von Herrn StR. Theilacker vom 14. Juli 1984 ist als Anlage 3 angeschlossen.

OBM. Dr. We i n m a n n nimmt zu der möglichen Beeinträchtigung von Belangen der Stadt Heilbronn und ihrer Bürger durch die Stationierung von Nuklearwaffen auf der Waldheide Stellung.

Die Ausführungen von OBM. Dr. Weinmann sind als Anlage 4 angeschlossen.

Frau StR. F u c h s : Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vorweg deutlich zum Ausdruck bringen, daß sich die CDU-Fraktion bislang an einer Diskussion im Gemeinderat zum Thema Waldheide nicht beteiligt hat, weil dies aufgrund der eindeutigen Stellungnahme des Regierungspräsidiums untersagt war. Nachdem nunmehr die Verwaltung aufgrund einer analogen Anwendung der Urteile des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim bezüglich der Städte Stuttgart und Karlsruhe den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hat, werden auch wir unsere Meinung klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Zwar handelt es sich bei den zuvor angesprochenen Entscheidungen aus unserer Sicht um einen grundlegend anders gelagerten Sachverhalt als in Heilbronn, da dort ein antizipatorisches Recht der Gemeinde Gegenstand der Urteilsfindung war, d. h., das Recht, sich vor der Festlegung eines Gebietes zu äußern. Die Anträge dieser Entscheidungen zielen im wesentlichen auf eine Stellungnahme der Stadt in einem etwaigen Anhörungsverfahren und auf ihre Mitwirkung bei der Beschaffung von Gelände zu den bezeichneten militärischen Zwecken ab. Lassen Sie mich wörtlich zitieren: "Gegenstand der angestrebten Befassung ist dagegen nach dem Wortlaut des Antrags nicht das Für und Wider einer Stationierung von Atomwaffen schlechthin. Es geht in den Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes um Fälle der Errichtung oder Erweiterung militärischer Anlagen, ferner um die Festlegung und Erweiterung von Schutzbereichen nach dem Schutzbereichsgesetz oder dem Fluglärmgesetz." Die Entscheidungen befassen sich demzufolge mit Präventivmaßnahmen, es geht dabei also um ein Mitspracherecht bei Planungen im Verteidigungsbereich. Hierin liegt der grundlegende Unterschied zu Heilbronn, weil das Gebiet der Waldheide schon seit über 30 Jahren bereits amerikanisches Truppengelände ist, demzufolge eine Einflußnahme hierauf gar nicht mehr möglich ist.

Ich habe mir erlaubt, hierauf hinzuweisen, um auch den mißverständlichen Äußerungen in der Presse und den Erklärungen der SPD-Fraktion von vornherein entgegenzutreten, wonach angeblich eine Klage der SPD-Fraktion einen Gerichtsentscheid gebracht hätte, aufgrund dessen die heutige Diskussion stattfindet.

...setzt gar ironisch an, wenn Herr Niebauer in kürzlich veröffentlichten Presseerklärung den

Herr Kollege Niethammer hat im Vorfeld der heutigen Diskussion keine Gelegenheit ausgelassen, um zu betonen, daß es ihm und seiner Fraktion nicht um eine "Raketendebatte" geht. Ich werde zunächst trotzdem einige Punkte anführen, die den Hintergrund und somit die grundsätzliche Frage des Warum einer Raketenstationierung zum Inhalt haben, weil wir meinen, daß diese Fragen unabdingbar mit dem heutigen Tagesordnungspunkt verknüpft sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied des Nordatlantikvertrages der Nato, wobei in der Präambel die Mitgliedsstaaten ihren Wunsch bekräftigen, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben. Gegenstand der Präambel ist jedoch auch, daß die Mitgliedsstaaten entschlossen sind, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten.

Als Mitgliedsstaat der Nato ist die Bundesrepublik Deutschland auch dem Nato-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut beigetreten. Anzumerken ist insoweit noch, daß die Nato-Mitgliedsstaaten auf der Grundlage der zuvor genannten Verträge ein Verteidigungskonzept entwickelt haben, das auf dem Prinzip des militärischen Gleichgewichts basiert. Hierzu gehört auch der sogenannte Nato-Doppelbeschuß, wonach die Mitgliedsstaaten zur Erhaltung des Friedens in Freiheit und zur Erhaltung des militärischen Gleichgewichts eine Nachrüstung vornehmen. Auch hier liegt die Betonung ausdrücklich auf dem Wort nach, wobei hierdurch schon zum Ausdruck kommt, daß diese Nachrüstung zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen den Machtblöcken notwendig wurde.

Zum westlichen Verteidigungskonzept gehört das Prinzip der Abschreckung, wobei die Abschreckung als Verständigung derer bezeichnet werden kann, die sich nicht miteinander verständigen können.

Dieser Nachrüstungsbeschuß, den der Deutsche Bundestag am 22.11.1983 beschlossen hat, beruhte auf der Grundlage des Nato-Doppelbeschlusses, dessen Initiator nicht etwa eine CDU-Regierung war, sondern dessen Initiator der SPD-Kanzler Helmut Schmidt war. Helmut Schmidt hat auch als Abgeordneter des Bundestages diesem Nachrüstungsbeschuß zugestimmt, mit der Betonung: "Der Doppelbeschuß ist nach wie vor richtig". Den Nachrüstungsgegnern sollte man einen von Helmut Schmidt mit dieser Überschrift verfaßten Artikel in der "Zeit" nahelegen, worin er die Richtigkeit des Beschlusses mit aller Vehemenz verteidigt.

Und es tut gar ironisch an, wenn Herr Niethammer in einer kürzlich veröffentlichten Presseerklärung den Landauf und Landab die Bevölkerung glauben machen will, daß er sich sogar davor!

Nachrüstungsbeschluß für überholt hält, mit der lapidaren Anmerkung, es habe sich gezeigt, daß die Amerikaner zu Abrüstungsgesprächen gar nicht bereit seien. Man könnte bei einer solchen Erklärung den Eindruck gewinnen, Herr Niethammer sei bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf selbst am Tisch gesessen. Er sollte sich insoweit mit seinem Parteigenossen Helmut Schmidt ins Benehmen setzen, der bis vor kurzem selbst noch an diesen Verhandlungen beteiligt war. Dies soll nur nebenbei bemerkt werden, zeigt jedoch auf, wie einseitig, um nicht zu sagen blauäugig, die SPD ihre Rolle spielt.

Ich habe zuvor von den Grundsätzen der westlichen Verteidigungskonzeption gesprochen, den Frieden in Freiheit zu gewährleisten. Lassen Sie mich zur heutigen Diskussion noch anmerken, daß allein unsere Freiheit diese Diskussion überhaupt ermöglicht. Es wird niemand hier im Saale ernsthaft glauben machen wollen, daß irgend eine sowjetische Bürgerinstitution darüber diskutieren darf, ob in Rußland SS-20-Raketen aufgestellt werden dürfen oder nicht. Hier liegt doch der gravierende Unterschied im System der Machtblöcke, und wir sollten alles daran setzen, uns diesen Unterschied zu bewahren.

Halten wir also fest: Unsere höchsten Gesetzgebungsgremien haben von ihrem Verfassungsrecht Gebrauch gemacht und einen Nachrüstungsbeschluß herbeigeführt, den wir nunmehr erfüllen müssen. Wir, das heißt die Bundesrepublik Deutschland!

Gegenstand dieses Beschlusses ist nun die Frage, an welchen Plätzen eine Stationierung der beschlossenen Atomwaffen stattfinden muß. Auch dieser Punkt ist im Zusatzabkommen des Nato-Truppenstatus ausdrücklich festgehalten. Unter dem Begriff "Liegenschaftsbedarf" ist festgeschrieben, daß die Bundesrepublik gewährleistet, daß Liegenschaften, die einer Truppe nach Maßgabe des Nato-Truppenstatuts im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages zur Benutzung überlassen worden sind und sich in ihrem Besitz befinden, dieser Truppe zur Verfügung stehen. Und hier ist das Gebiet der Waldheide eine dieser Liegenschaften, und zwar schon seit Mitte der 50er Jahre! Wenn nunmehr auf diesem Gebiet eine Stationierung erfolgen sollte, was ja aus Geheimhaltungsgründen keiner von uns weiß, wäre dies aufgrund der internationalen Vereinbarung absolut legitim und außerhalb der Machtbefugnis der Bundesrepublik Deutschland und erst recht außerhalb der Kompetenz des Heilbronner Gemeinderats.

Diese gesetzmäßige Voraussetzung weiß die SPD und versucht nun, über die Kommunen dieses verfassungsrechtliche Vorgehen zu unterlaufen. Nein, ich muß mich korrigieren, die SPD wendet sich gar nicht gegen die Stationierung, wie sie landauf und landab die Bevölkerung glauben machen will. Sie drückt sich sogar davor!

Sie will durch die unredliche Formulierung, eine gesetzmäßige Stationierung sei "aus kommunaler Sicht unerwünscht" auf Stimmenfang gehen. Was soll überhaupt die Bewertung erwünscht oder unerwünscht?

Es ist doch geradezu absurd, wenn hier - und das drückt doch die Intention der SPD aus - Waffen für unerwünscht erklärt werden sollen, die zu unserem Schutz dienen, während mit keinem Wort die Waffen erwähnt werden, die uns bedrohen. Lassen Sie mich vorab anmerken: Ganz offensichtlich wünscht die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, daß der Frieden in Freiheit gesichert bleibt, wozu letztendlich die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichtes dient. Anders kann der Auftrag durch das Wahlergebnis vom März 1983 nicht gewertet werden, als die Bevölkerung der CDU die Regierungsverantwortung in Bonn übertragen hat. Einer Partei, die eindeutig für eine Nachrüstung und somit für eine mögliche Raketenstationierung Stellung bezogen hat.

Es muß somit entgegen der Meinungsmache festgehalten werden, daß die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes für eine Stationierung votiert hat.

Eine korrekte und richtige Fragestellung hätte doch lauten müssen: Wünschen wir die Sicherung des Friedens in Freiheit?

Festzuhalten ist durch den Bundestagsbeschluß, daß die Raketen irgendwo stationiert werden müssen. Das in des Wortes wahrster Bedeutung hier vorgetragene Wunschenken ist doch nicht das Kriterium, das die Pazifisten von denjenigen unterscheidet, die auf der Grundlage der tatsächlichen Gegebenheiten nach Lösungen suchen. Atomwaffen existieren nun einmal, die kann man doch nicht wegdiskutieren, indem man sie für unerwünscht erklärt. Das hat aber dann auch nichts damit zu tun, daß hier jemand Atomwaffen oder einen Atomkrieg wünscht! Nein, meine Damen und Herren, diesen Schuh lassen wir uns nicht überstreifen!

Es geht hier ja nicht darum, ob etwas wünschenswert ist, sondern darum, ob eine Sache notwendig ist. Sicherlich wünscht kein Mensch einen Aufenthalt im Krankenhaus, es sei denn die Erhaltung seiner Gesundheit macht es notwendig. Oder, keiner von uns wünscht einen Riegel oder eine Kette an seiner Haustüre, aber zum Schutz seiner Sicherheit ist dies als Präventivmaßnahme einfach notwendig. Diese beiden Beispiele zeigen auf, wie unredlich die Antragsformulierung der SPD-Fraktion ist.

Von der Friedensbewegung - und auch diesen Gedanken haben Sie, Herr Kollege Niethammer, bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht - wird die Verunsicherung dadurch geschürt, daß bei einer Stationierung der betreffende Ort

"erstrangige Zielscheibe" der sowjetischen Raketen wäre. Auch hier bedarf es nur eines Rückblickes auf die Geschichte, um aufzuzeigen, wie grundlegend falsch diese These ist. Sämtliche Völkermorde dieses Jahrhunderts galten Zivilbevölkerungen, deren einwandfreie gedankliche und praktische Friedfertigkeit verbürgt war. Sie galten - auf heute projiziert - "atomwaffenfreien Zonen". Also was soll das Schauermärchen vom Zielpunkt, wenn man sich selbst bewaffnet.

Den Gegnern der Atomrüstung sollte aber auch folgende Tatsache ins Stammbuch geschrieben werden: Der erste Weltkrieg kostete 5 Millionen Menschenleben, der zweite 50 Millionen, der dritte ließe, wenn er mit den gleichen konventionellen Kriegswerkzeugen und unter Zuhilfenahme der heute vorhandenen elektronischen Möglichkeiten geführt würde, keine Menschenseele auf dieser Erde übrig. Es ist daher schwer zu begreifen, wie die Anhänger der Friedensbewegung mit ihrer Fixierung auf die Atomrüstung es fertig bringen, eine derart selektive Sorge an den Tag zu legen.

Weshalb wäre eine vergleichbare Verwüstung, wenn sie mit Hilfe der traditionellen Mittel und Wege erzielt würde, vorzuziehen? Weshalb sollten die Streitkräfte, die ein atomwaffenfreies Europa unter sich aufteilen, mehr Gelassenheit betreiben als 1914 und mehr Milde walten lassen als 1939? Sind die Spannungen zwischen den totalitären Regimen und den europäischen Demokratien weniger tiefgreifend als die Streitigkeiten, die die beiden Weltkriege hervorgerufen haben? Der Umkehrschluß gibt die richtige Antwort: Der gedachte Raketenkrieg zwingt die beiden Lager, sich endlich die unvermeidlichen Verwüstungen auszumalen, denen die, die über den Krieg entscheiden, künftig ins Auge sehen müssen. Richtig gehandhabt offenbart die Abschreckung das vorborgene Gesicht des Krieges, sie zwingt dazu, sich das Schauspiel schon vor der Premiere anzusehen, sie führt im großen Maßstab vor, was jeder Krieg im Detail bewirkt und was ein nächster Krieg en bloc besorgen würde. Mit einem Satz gesprochen: Sie öffnet die Augen für die Katastrophe! Gerade deshalb ist das Mittel der Abschreckung der richtige Weg.

Herr Kollege Niethammer, wo bleibt eigentlich in Ihren Ausführungen der entscheidende Unterschied zwischen den totalitären Regimen und den freiheitlichen Demokratien, wenn Sie sich mit Ihren Ausführungen im "Neckar-Express" einer Terminologie bedienen, die - gelinde ausgedrückt - erschreckt. Sie reden im Zusammenhang mit der Waldheide von "Todesstreifen", von "Schießbefehl" in einer bedenklichen Art und Weise, die den Unterschied zu den leider vorhandenen Gegebenheiten zwischen den beiden deutschen

Staaten verwischt. Mit "Todesstreifen" und "Schießbefehl" wurden bislang die Vorgänge beschrieben, die verhindern, daß Menschen aus einem totalitären Staat in ein freiheitliches Land umsiedeln dürfen. "Todesstreifen" und "Schießbefehl" haben bislang eine Unterdrückung jeglicher menschlicher Freizügigkeit zum Ausdruck gebracht. Sie, Herr Kollege Niethammer, benutzen nun in bezug auf die Waldheide diese Ausdrucksweise, als wäre dies auch nur in irgendeiner Weise miteinander vergleichbar. Diese Verhaltensweise, Herr Kollege Niethammer, ist zutiefst verwerflich, ist der Versuch, gleiches mit ungleichem auf eine Ebene zu bringen, oder direkt ausgesprochen, Unrecht mit Recht gleichzustellen.

Alle diese unredlichen Hilfsmittel werden in die Waagschale geworfen, um jetzt über die Kommunen, die gegebenenfalls davon betroffen sein können, eine für die Verteidigung notwendige und vom Bundestag beschlossene Maßnahme zu unterlaufen. Natürlich ist es einfach und billig, hier Ängste zu schüren, noch dazu mit einer derart unredlichen Formulierung, wie sie im Antrag der SPD-Fraktion zum Ausdruck kommt. Weil die SPD weiß, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Frieden in Freiheit gesichert sehen will, will sie die Bevölkerung der betroffenen Standorte besonders verunsichern.

Hier sieht man den besten Hebel dafür, frei nach dem St. Florians-Prinzip: Den Schutz wollen wir durchaus, nicht aber die Pflicht. Die soll gefälligst jemand anderes übernehmen. Warum also gerade wir! Nehmt doch bitte schön die Ludwigsburger oder die Stuttgarter oder die Mannheimer. Wir, die SPD, wir lehnen die Stationierung bei uns ab. Herr Niethammer hat dies damit zu rechtfertigen gesucht, daß eine solche Ablehnung dem "legitimen Egoismus" einer Stadt entspricht. Aber eine Antwort verweigert Herr Niethammer bei seinem Hinweis auf den legitimen Egoismus einer Stadt, nämlich die Antwort auf die Frage was geschehen soll, wenn auch die anderen Städte sich auf ihren "legitimen Egoismus" berufen. Denen würde eine solche Haltung dann doch auch zustehen, oder gilt dies nur für Heilbronn?

Das logische Ergebnis des SPD-Antrages besteht darin, daß wir - sprich die Kommunen - ganz einfach die überstaatlichen Verträge und internationalen Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland nicht vollziehen. So einfach ist dies! Aber gerade an diesem Beispiel können wir erkennen, wie klug unsere Verfassungsgeber waren: Damit ein solches Spektakel erst gar nicht entstehen kann, hat man die Wichtigkeit der Gremien so festgelegt, daß Bundesrecht dem Landes- und Kommunalrecht übergeordnet ist.

Lassen Sie mich aber auch folgende Vergleichsbeispiele ins Feld führen, was passiert, wenn den Kommunen das

Recht eingeräumt wird, Bundesrecht für "unerwünscht" zu erklären. In Heilbronn darf zukünftig das Scheidungsrecht nicht mehr zur Anwendung kommen, weil gegebenenfalls Heilbronner Bürger durch das unausgeglichene Unterhaltsrecht tangiert werden könnten, oder über Heilbronn darf kein ziviler Flugverkehr mehr stattfinden, weil die Gefahr bestehen könnte, daß ein Flugzeug abstürzt. Diese Beispieltabelle ließe sich beliebig fortsetzen, sie zeigt jedoch, ich betone es nochmals, wie unredlich der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ist. Sollen wir uns ernsthaft zukünftig im Gemeinderat damit befassen, welche Bundesgesetze oder internationalen Vereinbarungen unerwünscht sind?

Wir von der CDU-Fraktion sind der Überzeugung, daß dieses St. Florians-Prinzip nicht in Einklang zu bringen ist mit unserer Verfassung. Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, unredliche Erklärungen, die unsere Verfassung und demokratische Verantwortung für die gesamte Bevölkerung ad absurdum führen würden, zu unterstützen, um damit Ängste zu schüren, die ihre Berechtigung allenfalls durch die Bedrohung der deutschen Bevölkerung durch sowjetische Atomraketen hätten, nicht jedoch durch die Raketen, die durch einen gesetzmäßigen Beschluß der Bundesregierung zu unserer aller Sicherheit für notwendig erachtet und durch Gesetzesbeschluß für notwendig erklärt wurden.

Wir haben den Mut, der Bevölkerung deutlich zu machen, woher die Bedrohung kommt, und wir sind überzeugt davon, daß unsere Heilbronner Mitbürger diese klare Haltung akzeptieren. Wir sind nicht bereit, nichtssagende, unbedeutende Erklärungen zu beschließen, nur um aufzuzeigen wie besorgt wir sind. Ein solches Verhalten ist - und ich betone dies nochmals - unredlich! Hier soll der Bevölkerung weisgemacht werden, daß solche Beschlüsse Einfluß nehmen könnten auf internationale Vereinbarungen.

Wir von der CDU sind für eine Erreichung des militärischen Gleichgewichts, weshalb wir die Nachrüstung - ich betone das Wort nach - befürworten, zur Sicherung unseres Friedens in Freiheit.

Durch das internationale Truppenstatut bzw. das Zusatzabkommen hierzu werden vorhandene Liegenschaften zum Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses genutzt. Hierzu gehört - aus welchen Gründen auch immer und für unsere Gemeinde unabwendbar - seit über 30 Jahren auch die Waldheide auf dem Gebiet der Stadt Heilbronn. Dies ist ein Faktum, an dem wir festhalten werden. Wer nun den Anschein erwecken will, hieran könnte durch einen Beschluß des Gemeinderates der Stadt Heilbronn etwas geändert werden, betreibt Augenwischerei, ja er täuscht die Bevölkerung über die tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten.

Weil dies Herr Niethammer weiß, hat er auch nicht die Formulierung gewählt: Wir sind gegen Raketen! Er hat aber auch nicht die Formulierung gewählt: Wir beschließen, daß in Heilbronn keine Raketen stationiert werden dürfen, weil er genau weiß, daß unserem Gemeinderat hierzu die gesetzliche Kompetenz fehlt. Er hat die im Antrag vorhandene seichte Formulierung gewählt, die einerseits nichts, aber auch gar nichts an formeller und materieller Substanz besitzt, andererseits aber zu einer unnötigen Verunsicherung der Bevölkerung beiträgt. Deshalb lehnen wir die Mitwirkung an einer solchen Spiegelfechterei als unredlich ab.

Ich erinnere Sie daran, daß im Jahr 1976 Herr Niethammer: Sehr verehrte Frau StR. Fuchs, dafür, daß Sie die Mitwirkung an dieser angeblichen Spiegelfechtereie ablehnen, haben Sie eine ganz nette Rede gehalten, schon allein von der Länge her. Ich muß Ihnen ein Kompliment machen. Sie gehören eigentlich in den Bundestag, weil genau dort das angebracht wäre, was Sie uns heute gesagt haben. Es hat auch an Polemik nicht gefehlt. Ich kann Ihnen aber versichern, daß ich mich dennoch nicht verleiten lasse, eine Nachrüstungs- und eine Rüstungsdebatte zu führen, die Sie ja bisher immer abgelehnt haben. Frau StR. Fuchs, Sie wissen ganz genau, daß im Deutschen Bundestag im Zusammenhang mit der Nachrüstung nicht über eine totale Aufgabe des Abschreckungsprinzips diskutiert wurde, sondern es wurde ausschließlich über die Frage diskutiert, ob die Nachrüstung im System einer glaubhaften Abschreckung sinnvoll ist oder nicht.

Wenn Sie schon so oft das Wort unredlich in den Mund nehmen, dann wundert es mich, daß Sie diesen ganz entscheidenden Punkt hier nicht angesprochen haben, und daß Sie uns nun unterstellen, als wollten wir uns gewissermaßen den Bedrohungen - die unbestrittenermaßen aus dem Osten kommen, die aber im Gemeinderat schon so bekannt sind, daß wir uns nicht darüber stundenlang unterhalten müssen - schutzlos ausliefern. Die Dinge, die Sie hier erzählt haben, empfinde ich deshalb als ausgesprochen unredlich. Ich werde mich aber auf eine solche Debatte überhaupt nicht einlassen.

Am 2. Februar 1976 stand in der "Heilbronner Stimme" als Überschrift "Waldheide künftig Raketenbildungsplatz". Am 21. Januar, ich habe mir die Zeitung aufgehoben, stand zu lesen: "Die Raketenbasis ist fertig. Kurz vor der Fertigstellung steht die Ausbildungsstellung für Pershing-Raketen auf der Heilbronner Waldheide. Die Neubauten für rund 13 Millionen DM von der Nato für die US-Armee erstellt, werden am 2. Februar formlos übergeben. Noch bleibt abzuwarten, ob der Stadtwald um die Waldheide als Naherholungsgebiet durch die neuen Unterkünfte- und

Übungsstätten beeinträchtigt wird. Die Gebäude sind jedoch architektonisch so konzipiert, daß der Eindruck von Fremdkörpern in der Landschaft abgemildert wird."

Mit solchen Problemen hat sich damals tatsächlich unsere Tageszeitung beschäftigt. Wenn im Jahre 1977, als es noch keine Nachrüstungsdebatte gab, auch nur mit einem Wort erwähnt worden wäre, daß es sich bei diesen Baumaßnahmen um die Anlage einer scharfen Abschlußrampe für Atomraketen handeln würde, wenn also damals bekannt gewesen wäre, was sich aus dieser harmlosen Baumaßnahme entwickelt, bin ich davon überzeugt, daß hier ein Aufschrei durch alle Fraktionen gegangen wäre. Ich erinnere Sie daran, daß im Jahre 1977, als die Amerikaner damit begannen, dort oben Warntafeln aufzustellen, die im Grunde genommen eine Begehrbarkeit dieses Geländes gar nicht verhindert hätten, der gesamte Gemeinderat damals dagegen protestiert hat, weil wir der Meinung waren, daß wir es uns nicht leisten können, eine weitere Einschränkung, sei es auch nur optischer Art, der Qualität dieses Naherholungsgebietes auf der Waldheide hinzunehmen.

Ich darf gerade die Älteren unter Ihnen daran erinnern, daß Oberbürgermeister Meyle, der bekanntlich nicht unserer Fraktion angehört hat, im Jahre 1958 mit dem gesamten Gemeinderat gegen die Nike- und Ajax-Raketenstellungen auf dem Heuchelberg protestiert hat. Das war damals ganz selbstverständlich und wurde von keinem Menschen etwa als eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Atomrüstung interpretiert! Es war seinerzeit ein Protest einer betroffenen Gemeinde gegen eine Anlage, die ihr keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen kann. Mir scheint, daß sich die Verwaltung damals zusammen mit dem Gemeinderat ausschließlich als Vertreter kommunaler Interessen verstanden hat. Man hat es abgelehnt, bundespolitische Spiegelfechtereien im Gemeinderat zu betreiben, so wie dies heute von Ihnen, Frau Kollegin Fuchs, eingeleitet wurde.

Ich möchte kurz zurückblenden, warum das so ist und warum heute eine Gemeinsamkeit in diesem Gemeinderat nicht mehr möglich ist. Als im Jahre 1981 ruchbar wurde, daß die Waldheide keine harmlose Übungsstellung ist - was ja auch offiziell durch ein Schreiben des damaligen Staatssekretärs Penner im Verteidigungsministerium, übrigens Mitglied der SPD, an den Bundestagsabgeordneten Spöri bestätigt wurde - war die Nachrüstungsdebatte noch kaum in Gang gekommen. Damals war auch die Diskussion in der SPD noch völlig offen, ob es nun zu einem Pro oder zu einem Kontra zur Nachrüstung kommen würde. Ich kann Ihnen versichern, daß bis zum heutigen Tage in der SPD-Gemeinderatsfraktion nie eine Nachrüstungsdebatte geführt worden

ist, weil wir der Meinung waren, daß diese Fragen vielleicht in der Bundestagsfraktion diskutiert werden können. Das geht die SPD-Gemeinderatsfraktion, wenn sie ihre Aufgaben hier in Heilbronn ernst nimmt, nichts an. Selbstverständlich hat jeder eine Meinung, aber diese Meinung kann er auf der politischen Ebene anbringen, wo sie hingehört. Wir sind der Auffassung, und deshalb war dieser ganze Rechtsstreit so grotesk, daß gerade diese große Nachrüstungs- oder Rüstungsdebatte nicht in den Gemeinderat gehört.

Ich habe bis heute noch keine Seelenforschung betrieben, wer in unserer Fraktion nun für oder gegen die Nachrüstung ist. Nachrüstung hin oder her, wir waren uns damals einig, daß die Raketen in Heilbronn nicht stehen dürfen, denn hier haben sie nichts verloren!

Unser Antrag vom 31. März 1982 ist unter dieser Prämisse gestellt worden. Wir haben niemals einen Anti-Nachrüstungsbeschluß im Gemeinderat haben wollen. Wir haben es auch grundsätzlich abgelehnt, hier etwa die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen aufzustellen, weil wir der Meinung waren, daß dies ein Begriff aus dem Staatsrecht und dem Völkerrecht ist, der in einer kommunalen Debatte nichts zu suchen hat. Wir haben schlicht und einfach gefordert, daß diese Raketen aus Heilbronn verschwinden.

In gleicher Weise, wie wir selbstverständlich die Anlegung von Schlamm-trocknungsanlagen für notwendig halten, so sind wir selbstverständlich auch für die Anlegung von Entsorgungsanlagen für die bestehenden Kernkraftwerke. Aber das muß doch nicht alles in Heilbronn sein! Deswegen haben wir einen Landtag und einen Bundestag, daß übergeordnete Stellen die Entscheidungen treffen und nicht Gemeinden gefordert werden, gewissermaßen "die Brust freizumachen" und zu sagen, kommt alle her, die ihr mühsam und beladen seid, hier könnt ihr noch etwas abladen! Das ist nicht unsere Aufgabe in Heilbronn!

Es ist schwer begreiflich, weshalb man in einem demokratischen Gemeinwesen für die im Grunde genommen ganz simple Fragestellung, um die es heute geht, zweieinhalb Jahre gebraucht hat, bis sie in den Gemeinderat kam. Dafür scheinen mir zwei Gründe wesentlich zu sein: Einmal war es die Erkenntnis von Versäumnissen bei Verantwortlichen der Stadt Heilbronn und der Entschluß, das Aufdecken dieser Versäumnisse mit allen Mitteln zu verhindern. Zum zweiten war es die dadurch bewirkte Verschleppung dieser Debatte. Im März 1982 hätte dieses Thema in einer Sitzung des Gemeinderates abgeschlossen werden können. Eine Nachrüstungsdebatte war von uns nie beabsichtigt, aber daß es so gekommen ist, haben allein diejenigen zu verantworten, die an dieser Verzögerung schuld sind.

Ich komme nun nicht umhin, mich noch etwas mit dem in der Zwischenzeit so hochgelobten und auch hochdekorierten Herrn Alt-Oberbürgermeister zu befassen. Er hat damals - und in solchen Dingen war er gut - blitzschnell und instinktiv begriffen, daß er bei einer solchen Diskussion, warum sich die Stadt nie gegen die Raketenbasis gewehrt hat, ganz schlecht aussehen würde. Er hat natürlich gewußt, was dort oben seit 1977 passiert ist, und daß es keine Ausbildungsstellung oder eine harmlose Übungsstellung war! Er hat ja auch sonst, mit Verlaub gesagt, überall "das Gras wachsen hören". Er hat gewußt, daß der damalige zuständige Dezernent und Erste Bürgermeister - und lassen Sie mich das offen sagen, sein Wunschkandidat als Nachfolger - diese Dinge ebenfalls wußte. Meine Damen und Herren, deswegen hat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann diese Anträge der SPD-Fraktion ohne ernsthafte Prüfung sofort als unzulässig abgeblockt! Er hat dann umgehend das Regierungspräsidium zur Hilfe gerufen. Dort hat man wiederum Unterstützung vom Innenministerium bekommen, weil man in Stuttgart, vollkommen zu Unrecht, eine Rüstungsdebatte gewittert hat, und man aus parteipolitischen Gründen einfach eine solche Debatte verhindern wollte. Unser Rechtsamt, stets zu Diensten, hat natürlich auch von Anfang an spontan diesen Einfall von Herrn Dr. Hoffmann abgesegnet. Im Ergebnis sollte also der Gemeinderat zu einem Vorgang wie der Stationierung von Atomwaffen auf seinem Gemeindegebiet nicht den Mund aufmachen dürfen. Sie können das wirklich nicht ableugnen! Ob es Ihnen gefällt oder nicht, so ist das doch von zentralem Interesse und Bedeutung für die Bevölkerung dieser Stadt.

Sie können sich wahrscheinlich alle noch an die Schutzbereichsdebatte im Gemeinderat vom Mai 1982 erinnern, als wir über den Schutzbereich beschließen durften. Es wurde mir damals von Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann der Wortentzug angedroht, wenn ich auch nur ein Wort darüber verlieren würde, was im Schutzbereich steht. Meine Damen und Herren, das ist doch derart grotesk und lächerlich, daß man heute darüber nur noch den Kopf schütteln kann! Es gab selbst Chefredakteure, die unseren Oberbürgermeister noch jedes Steinchen aus dem Weg geräumt haben. Man muß sich ernsthaft fragen, warum soll eigentlich der Gemeinderat über diesen einfachen Sachverhalt nicht sprechen dürfen. Das muß doch jedem der gesunde Menschenverstand sagen. Vor 10 Jahren hätte es darüber gar keine Debatte gegeben. Das mußte jetzt durch zwei verwaltungsgerichtliche Instanzen bestätigt werden.

Frau StR. Fuchs, Sie haben recht, daß es keine Urteile waren, die im Rechtsstreit mit der SPD-Fraktion gefallen

sind. Ich hoffe aber, Sie haben das Urteil gelesen. Dort steht nun einmal drin, daß im Grunde genommen das Begehren der SPD-Fraktion voll rechtlich abgedeckt ist. Es nützt dann nichts, wenn man sagt, in Stuttgart würden die Dinge anders liegen. In Stuttgart lagen die Dinge insofern anders, als Stuttgart ja viel weniger als Heilbronn betroffen war.

Durch die Urteile wurde ein ganz simpler Sachverhalt ausgedrückt. Wenn in einer Gemeinde Atomwaffen aufgestellt werden, dann ist diese Gemeinde davon betroffen. Frau Str. Fuchs, eine Atomwaffe ist halt doch etwas anderes als eine Muskete aus dem Jahre 1883, als die Waldheide militärisches Gebiet wurde. Das ist qualitativ etwas anderes; das hat im übrigen auch schon das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Den simplen Sachverhalt, daß die Gemeinde betroffen ist, mußten zwei Instanzen des Verwaltungsgerichtes feststellen. Wenn eine Gemeinde betroffen ist, darf der Gemeinderat auch darüber diskutieren. Das ist doch beileibe keine gewaltige Erkenntnis, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit! Diese Selbstverständlichkeit war auch schon längst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1958 klar und eindeutig formuliert. Alle Einschränkungen, die das Rechtsamt, das Regierungspräsidium und das Innenministerium zu diesem klaren Satz des Bundesverfassungsgerichtes gemacht haben bzw. hinzugedichtet haben, waren nichts anderes als ein rabulistischer Eiertanz! Hier wurden zu einem ganz simplen und für jedermann einsichtigen Sachverhalt Dinge schlicht hinzugedichtet. Hier hat sich nur eines manifestiert, nämlich die furchtbare Angst der Bürokratie, der Verwaltungen vor lebendigen Demokratien und vor Leuten, die sich nichts vorschreiben lassen, sondern die wirklich einfache Fragen stellen, wie sie jeder Bürger auch stellt.

Zweieinhalb Jahre lang wurde der SPD-Fraktion dieses fundamentale Initiativrecht nach § 34 Gemeindeordnung verweigert. Selbst nach der "hochherzigen" Meinung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann war ja ein Punkt zulässig, den wir schon im Herbst 1982 beantragt hatten, nämlich ganz allgemein über die Auswirkungen militärischer Anlagen zu sprechen. Damals hatten wir beantragt, diese Debatte in der übernächsten Sitzung des Gemeinderates zu führen. Es hat dann aber über ein Dreivierteljahr gedauert, bis unserem Antrag, einen bestimmten Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen, entsprochen wurde. Die SPD-Fraktion wurde hier mit beispiellosem Zynismus und glattem Rechtsbruch hingehalten! Der Oberbürgermeister hat, und da hilft kein Wenn und kein Aber, einen Antrag einer Fraktion spätestens auf die übernächste Tagesordnung zu setzen, wenn dieses Thema zum kommunalen Auf-

gabengebiet gehört! Dr. Hoffmann hat nie bestritten, daß dieses Thema zum kommunalen Aufgabengebiet gehört. Trotzdem hat er sich glatt darüber hinweggesetzt und ein Dreivierteljahr später notgedrungen diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Ich frage mich, wo blieb denn da unser Rechtsamt, das doch auch die Rechte des Gemeinderates mit zu verteidigen hätte! Wir sollten aber vielleicht über dieses ganze Kapitel schweigen. Auch das ist wohl ein Stück unbewältigter Vergangenheit auf dem Rathaus, nämlich das Ducken von gestandenen Männern vor despotischen Allüren eines sogenannten Stadtmanagers.

Ich möchte an dieser Stelle noch ein persönliches Wort sagen. Wir sind hier, und das kann ich für mich und die SPD-Fraktion sagen, ganz bestimmt nicht "ehrenkäsigt". Es ist mir völlig gleichgültig, wann ich eingeladen oder begrüßt werde. Ich weiß, für viele in diesem Gremium ist das furchtbar wichtig. Ich bin aber absolut allergisch dagegen, daß wesentliche demokratische Mitwirkungsrechte des Gemeinderates hier angetastet werden. Wir wollen unsere Rechte wahrnehmen und keine Almosen vom Tisch des Oberbürgermeisters annehmen. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied, denn sonst ist unsere Arbeit wirklich nur eine bessere Schülermitverwaltung. Dann ist unsere Arbeit entwertet und es ist wirklich eine Arbeit, die wir leisten, das weiß jeder in diesem Gremium. Sie mögen jetzt die Sturheit, mit der wir auf diesem Punkt "herumreiten", belächeln. Auf unsere Eltern wurde mit Fingern gezeigt, weil sie es mit der Demokratie nicht so genau genommen haben. Unsere Generation will sich diesen Vorwurf nicht mehr machen lassen.

Herr Oberbürgermeister, noch einen kleinen Appell an Sie: Ich habe zwar keinen Grund zur Klage seit Sie in Ihrem Amt sind, aber ich möchte es dennoch sagen. Seien Sie bitte zurückhaltend mit der Zurückweisung von Anträgen wegen Unzulässigkeit. Sie können Beschlüssen widersprechen - das ist Ihr gutes Recht. Wenn aber wie bisher in dieser zweifelhaften Weise mit dem Begriff der Unzulässigkeit von Anträgen operiert wird, dann haben Sie in diesem Gemeinderat einen permanenten Konflikt!

Ich möchte nun konkret auf unsere Anträge eingehen. Ich werde sie vorlesen, und zwar einfach deshalb, weil sich die Verwaltung leider nicht die Mühe gemacht hat, nach zweieinhalb Jahren unsere Anträge wenigstens so aufzubereiten, daß sie den Mitgliedern des Gemeinderates übersichtlich zur Verfügung stehen. Diesen Dienst hätte die Verwaltung durchaus leisten können. Ich werde unsere Anträge mit einem gewissen Genuß vortragen, nachdem ja vor einem Jahr das Vorlesen dieser Anträge von Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann als unzulässig verhindert wurde.

Ich bin heute nur noch mehr in unserer Haltung bestätigt, daß wir uns damals dieses unglaubliche Verhalten nicht bieten lassen konnten. Raketen selbst dem Fachpersonal. Unser Antrag lautet:

1. Der Gemeinderat der Stadt Heilbronn stellt fest, daß die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf der Heilbronner Waldheide stationierten oder gelagerten Atomwaffen aus kommunaler Sicht unerwünscht sind.
2. Der Gemeinderat drückt den Wunsch aus, daß die Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen auf der Waldheide aufgehoben wird und auch in Zukunft nicht mehr erfolgt. Er ersucht alle zuständigen Stellen, diesem Wunsch Rechnung zu tragen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entschlie-ßung des Gemeinderates der Bundesregierung und den amerikanischen Streitkräften in Deutschland zur Kenntnis zu bringen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich alles in die Wege zu leiten, damit Raketentransporte sowie eventuell gesonderte Transporte von Nuklearsprengköpfen nicht mehr durch das Stadtgebiet, insbesondere nicht mehr über Jägerhausstraße/Waldsteige erfolgen. Eine Sperrung dieser Straßenzüge für den gesamten Militärverkehr ist zu prüfen.
5. Der Oberbürgermeister berichtet dem Gemeinderat über die Erledigung der Anträge.

Wir halten hier selbstverständlich nicht an der Frist von einem Monat fest, sondern wir würden auch ein Vierteljahr ins Land ziehen lassen, um diese Fragen ausreichend abklären zu können.

Ich muß, weil es dem Gemeinderat bisher gar nie öffentlich bekanntgemacht werden durfte, natürlich auch auf die Begründung unserer Anträge eingehen. Ich werde sie zum Teil verlesen, weil schon allein durch das Zitat dieser Begründung vieles von dem was mir Frau StR. Fuchs hier unterstellt hat, glatt widerlegt ist.

Aufgrund von Veröffentlichungen in Presse, Funk und Fernsehen sowie aufgrund von jedermann möglichen Beobachtungen an Ort und Stelle muß der Gemeinderat davon ausgehen, daß auf der Waldheide Pershing-I-Mittelstreckenraketen stationiert sind, die demnächst möglicherweise durch Pershing-II-Raketen ergänzt werden.

Meine Damen und Herren, wer das nicht glaubt und darauf wartet, daß ihm die amerikanischen Streitkräfte per Post oder mündlich die Bestätigung dafür liefern - die werden

das aber nie tun - dem biete ich an, daß er sich in der nächsten Zeit einmal eine Diaserie anschaut. Es gibt scharfe Farbbilder von Raketen nebst dem Fachpersonal. Man kann diese hier an die Wand projizieren, wenn es der Gemeinderat sehen will. Es darf deshalb angenommen werden, daß auf der Waldheide auch Atomsprengköpfe gelagert werden. Es gibt zwei Filmberichte der Tagesschau in aller Ausführlichkeit. Sie, Herr StR. Kübler, sagen irgend etwas von Staatsgeheimnis. Darüber kann ich nur lachen. Durch die vermutlich seit 1977 ohne Unterrichtung und Wissen der Stadt und des Gemeinderates erfolgte Stationierung von Atomwaffen nur 500 m Luftlinie von der Stadtgrenze entfernt, werden wichtige Interessen der Stadt Heilbronn und ihrer Bürger beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung geht entscheidend über diejenige hinaus, die mit der bisherigen konventionell-militärischen Nutzung der Waldheide verbunden war. Insbesondere folgende Nachteile sind durch Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen auf der Waldheide zu befürchten:

- a) Heilbronn dürfte im Spannungs- oder Verteidigungsfall bevorzugtes Ziel eines präventiven gegnerischen Angriffes konventioneller oder nuklearer Art sein. Einer möglichen nuklearen Katastrophe wäre die Bevölkerung schutzlos ausgeliefert.

Um das zu erkennen, braucht man kein Militärexperte zu sein. Es ist eines der ältesten, primitivsten und einfachsten militärischen Erkenntnisse, daß dort, wo es herausgeschießt auch hineingeschossen wird. An einem Ort zu leben, wo herausgeschossen wird, ist nun einmal am gefährlichsten und oben auf der Waldheide sind eben Stellungen. Vielleicht sind das nicht alle Stellungen und es gibt im Landkreis Heilbronn noch weitere. Auf der Waldheide gibt es zumindest 3 Schnellstartstellungen, die jeder besichtigen kann. Wir haben diese kürzlich auch besichtigt.

Raketen sind natürlich wie Magneten. Das Argument, man hört es immer wieder, daß es völlig gleichgültig ist, weil bei einem großen Atomkrieg alle gleich sind, zieht schon deshalb nicht, weil diese Raketen - dies kann man auch in der Zeitung nachlesen, ohne Experte zu sein - per definitionem von der Nato als unterhalb der Schwelle des großen Atomkrieges einsetzbare und verfügbare Punkt-Zielwaffen vorgesehen sind. Das hat doch jedermann in den letzten Jahren 100mal nachlesen können. Ich frage mich, gibt es denn in Heilbronn einen Schutz gegen einen möglichen Angriff. Herr Oberbürgermeister, das müssen Sie doch glatt verneinen!

- b) Schon im Spannungsfall könnte der Gegner versuchen, die Raketenstellung und das vermutete Atomwaffenlager auf der Waldheide durch Sabotageakte zu zerstören. Eine nukleare Explosion oder anderweitige Freisetzung von nuklearem Material mit verheerenden Folgen für die Heilbronner Bevölkerung kann dabei nicht ausgeschlossen werden.

Können Sie das ernsthaft bestreiten? Sie können sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, weil mir nicht gesagt wird, was dort oben ist, muß ich davon ausgehen, daß alles in Ordnung ist. Das Gegenteil ist richtig! Weil ich nicht weiß, wie gefährlich diese "Dinger" sind, weil mir niemand sagt was passieren kann, muß ich als Verantwortlicher der Stadt Heilbronn davon ausgehen, daß diese "Dinger" gefährlich sind!

Sie erinnern sich, daß der Generalbundesanwalt erst in den letzten Tagen erklärt hat, daß die RAF künftig verstärkt Angriffe auf militärische Einrichtungen plant. Ich sage Ihnen ehrlich, ich fühle mich hier in Heilbronn nicht besonders behaglich. Auch das müssen wir in unserer Verantwortung für diese Stadt einfach erwägen und mit bedenken.

- c) Die Stationierung und Lagerung von Atomwaffen auf der Waldheide sowie der notwendige Transport solcher Waffen von und zur Waldheide, zumal durch das Stadtgebiet und auf der unfallträchtigen Waldsteige, birgt das Risiko von Unfällen in sich, bei denen unter anderem auch nukleares Material freigesetzt werden könnte mit unabsehbaren Folgen für die Bevölkerung.

Können Sie das wirklich ausschließen? Auch hier ist es doch vollkommen unzulässig zu sagen, weil uns die Amerikaner nicht sagen wie gefährlich diese "Dinger" sind, deswegen müssen wir davon ausgehen, daß sie ungefährlich sind.

Ich habe hier eine ganze Reihe von Zeitungsausschnitten aus seriösen Zeitungen, wie z. B. der "Stuttgarter Zeitung", der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" usw., mit Schlagzeilen wie "Rakete im Dorf und alles war ratlos", "Pershing unterwegs". Ein weiterer Artikel aus der "Ulmer Zeitung" lautet: "US-Raketenzug steht in Flammen". Außerdem habe ich auch einen Ausschnitt aus der renommierten Fachzeitschrift "Verkehrswacht" mitgebracht. Hier steht: "Unfälle bei Militärtransportern. Wer bürgt für die Sicherheit? Gefährliche Transporte auf deutschen Straßen, US-Militärfahrzeuge unterliegen nach dem Nato-Truppenstatut nicht den deutschen Sicherheitsvorschriften". Im

Bürokratendeutsch heißt es wörtlich, und ich zitiere aus dieser Fachzeitschrift: "... liegt die Transportdurchführung von Pershing-Raketen und Giftgas ausschließlich im Verantwortungsbereich der US-Streitkräfte". Das sind doch klare Aussagen, daß wir hier ständig von Zeitbomben umgeben sind und nicht einmal die Möglichkeit haben, eigene deutsche Kontrollen durchzuführen.

Das ständige Hin und Her dieser Transporte, und das wollen Sie sicherlich nicht bestreiten, bringt dies mit sich. Wir wissen ja auch, daß laufend Hubschrauer von Siegelsbach zur Waldheide fliegen, um die Sprengköpfe dorthin zu bringen. Können Sie hier jede Unfallgefahr für Heilbronn ausschließen? Das ist doch vollkommen unmöglich! Unfälle beim Herumhantieren mit Waffen sind schon zügellos vorgekommen. Wir wissen aus Veröffentlichungen, daß sie auch mit solchen Raketen vorgekommen sind. Hier braucht nicht einmal nukleares Material freigesetzt zu werden. Was glauben Sie, was los ist, wenn nur der Treibstoff einer Rakete in die Luft fliegt?

- d) Die besondere militärische Bedeutung des Raketenstationierungsortes Waldheide, demnächst möglicherweise einer der wenigen Pershing-II-Stationierungsorte in Europa überhaupt, sowie die besondere Gefährlichkeit der Nuklearwaffen dürfte besondere Sicherheitsvorkehrungen in zunehmendem Maße erforderlich machen. Eine völlige Ausschöpfung der nach dem Schutzbereichsgesetz zulässigen Maßnahmen kann nicht ausgeschlossen werden. Im letzteren Fall könnte das eine schwere Beeinträchtigung der Naherholungsmöglichkeiten im Jägerhauswald sowie der Nutzungsmöglichkeit des Waldheimes der Arbeiterwohlfahrt mit sich bringen.

Nehmen Sie den Zustand 1977 und den Zustand 1984. Hier hat sich doch seither in geradezu explosiver Weise das Bild auf der Waldheide geändert. Damals hat man sich noch darüber aufgeregt, ob die Bunker vielleicht möglichst angenehm in die Landschaft eingepaßt seien. Heute haben Sie dort oben Stacheldraht und Todesstreifen! Ich sage das genauso, denn das sind objektive Sachverhalte, die nicht dadurch besser und nicht schlechter werden, daß man sie so verdreht, wie Sie es, Frau StR. Fuchs, getan haben! Hierzu gehört auch der Schießbefehl. Sie wissen genau, daß es genug junge Leute gibt, die zwar nicht meine Unterstützung haben, aber deren Ansicht ich auch zu respektieren habe, und die aus Überzeugung durchaus bereit sind, dort hineinzumarschieren, weil sie glauben, daß sie unserem Volk damit einen Dienst erweisen. Ich frage Sie, was passiert, wenn tatsächlich dieser Schießbefehl, der ja existiert, zum Tragen kommt. Frau StR. Fuchs, auch das wollen wir in Heilbronn nicht und deswegen sind wir gegen diese Anlage dort oben.

Das Gefühl der Bedrohung ist nicht nur in Heilbronn vorhanden. Ich darf auf die Fragen des Friedensrates hier verweisen, die Ihnen auch vorliegen und die zum großen Teil Dinge beinhalten, die wirklich nicht in den Gemeinderat gehören, weil es sich eben um rüstungspolitische Fragen handelt. Diese Leute, es sind großenteils junge Leute, sind nicht von irgend jemandem aufgehetzt worden. Das ist ein ernsthaftes Gefühl der Bedrohung mit einem ganz realen Hintergrund. Dieses Bedrohungsgefühl hat ein großer Teil unserer Bevölkerung. Es wäre deshalb, lassen Sie mich dies in aller Deutlichkeit sagen, eine glatte Lüge gewesen, wenn der Landtagsvizepräsident - so wie dies berichtet wurde - bei einem Empfang für Pershing-Offiziere tatsächlich behauptet haben soll, daß 95 % der Bevölkerung für die Stationierung der Pershing-Raketen hier in unserem Land sei. Wenn er das gesagt hätte, wäre es eine glatte Lüge! Ich finde es auch gegenüber unseren amerikanischen Freunden unrecht, ihnen die Wahrheit nicht zu sagen, und so zu tun, als ob dieser Punkt vollkommen unproblematisch wäre.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, weil dies unterschwellig und auch offen von Ihrer Seite, Frau Str. Fuchs, immer versucht wurde so darzustellen, daß die eventuelle Gegenerschaft der Nachrüstung überhaupt nichts damit zu tun hat, ob man nun für oder gegen Amerika ist. Das ist einfach lächerlich. Es geht bei dieser Diskussion um die Ablehnung der Raketen in Heilbronn.

Ich schätze Amerika, und ich schätze vor allem seine demokratischen Traditionen, die es unmöglich gemacht hätten, daß dort unsere Anträge 2 1/2 Jahre lang hinausgeschoben werden. Ich schätze auch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Aber ebenso wie die Amerikaner, die ganz bestimmt nicht völlig uneigennützig hier sind, müssen auch wir nationale und kommunale Interessen wahren. Unter Freunden, wenn es wirklich eine Freundschaft sein soll, muß auch ein offenes Wort möglich sein und nicht nur die unterwürfige Hinnahme von allem was von dort kommt. Das wäre nämlich keine Freundschaft, das wäre eine echte Satellitenmentalität, die sich in diesem Verhalten dann ausdrücken würde.

Es gibt genug Städte in den USA und auch in Großbritannien, die auf ihrem Gebiet keine Raketen haben wollen und sich dagegen verwahrt haben. Wir wollen diese Raketen auch nicht! Wir fühlen uns mit dieser Haltung, und das wissen wir auch, mit vielen bedeutenden Amerikanern, Politikern, Wissenschaftlern und Militärs einig. Das sind Leute, Frau Str. Fuchs, das haben Sie unter Umständen noch gar nicht bedacht, die morgen oder übermorgen in Amerika vielleicht das Sagen haben.

Möglicherweise kommen diese Leute dann zu dem gleichen Schluß, wie ein unterlegener Teil der Politik in unserem Lande, nämlich daß die Nachrüstung vielleicht gar nicht "das Gelbe vom Ei" ist. Was ist dann mit Ihren großen Worten über die Verteidigung der Freiheit? Diese sind dann total entwertet. Hier hat sich doch nur eine bestimmte militärstrategische Doktrin, die wir nicht beurteilen können, durchgesetzt. Es gibt hier andere Meinungen und das sind gute Meinungen. Sie können das nicht alles "über einen Kamm scheren", daß die einen für die Freiheit und die anderen gegen die Freiheit wären! Frau StR. Fuchs, genau diese Diskussion wollten wir Ihnen nie aufzwingen. Sie haben dagegen diesen Versuch gemacht.

- e) Die unmittelbare Nähe zur Stationierung oder Lagerung nuklearer Massenvernichtungswaffen verursacht bei einem großen Teil der Bevölkerung Heilbronn ein Gefühl der Gefährdung und Bedrohung. Für viele Heilbronner ist der Naherholungswert des Jägerhauswaldes angesichts der dortigen Atomraketenbasis gravierend beeinträchtigt. Der Umstand, Stationierungsort von Atomwaffen zu sein, ist dazu angetan, die Attraktivität der Stadt Heilbronn allgemein zu vermindern.

Was von uns vor ca. 14 Tagen dort oben besichtigt wurde, haben sicherlich viele noch gar nicht gesehen, weil sie nur auf der Donnbronner Straße spazierengehen und Scheu haben, sich überhaupt in Richtung Lehrensteinsfeld zu begeben. Was Sie dort sehen ist abstoßend, häßlich, bedrohlich und brutal! Dafür gibt es keine anderen Ausdrücke. Der Oberbürgermeister hat dort oben selbst das Wort geprägt: Die haben gut gelernt, oder schön von unseren Brüdern im Osten abgesehen. Das ist genau derselbe Eindruck und bewirkt genau dasselbe Gefühl, das man hat, wenn man irgendwo auf der Welt solche Anlagen sieht. Es ist ein Gefühl der Bedrohung und der militärischen Brutalität. Sicherlich haben wir noch nicht die Welt, um das Militär abzuschaffen. Aber es ist doch sehr die Frage, ob eine Stadt sich geradezu danach drängen muß, solche Anlagen aufzunehmen, oder ob eine Stadt wie Heilbronn, die den 4. Dezember 1944 erlebt hat, nicht sagen kann, wir haben genug gelitten.

Es wird viel vom Heilbronner Image gesprochen und es wird sehr viel dafür getan, um dieses zu heben. Heilbronn hat aber in unserem Land bald den Klang wie etwa Mutlangen, Gorleben oder Kalkar. Dieses Unbehagen geht so weit, daß man sich die Frage stellt, ob man sich in Heilbronn niederlassen kann. Selbst wenn dieses Thema nie kontrovers diskutiert worden wäre, hätte ein Standort von Atomrake-

ten, gleichgültig ob man nun für oder gegen Atomrüstung ist, einen extrem negativen Beigeschmack! Auch das müssen wir in unserer kommunalen Verantwortung beachten. Wir wollen einfach nicht, daß aus der liebenswerten Großstadt Heilbronn eine "Raketenstadt" wird, deren Namen Unbehagen verursacht, weil er mit Waffen, Krieg und mit Tod verbunden ist!

Wir haben zu allen diesen Punkten Fragen an den Oberbürgermeister gestellt. Er hat sie zum Teil vorgelesen. Diese hatten wir auch bereits an seinen Vorgänger gestellt. Wir haben zuletzt am 27.10.1983 an Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Weinmann Fragen gestellt, die alle in etwa dieselbe Zielrichtung hatten, nämlich, wie beurteilt die Stadt Heilbronn aus rein kommunaler Sicht diese Punkte, die ich soeben vorgelesen habe?

Bis vor kurzem hat es geheißen, daß die Fragen unzulässig seien und man von seiten der Verwaltung dazu gar nichts sagen könne. Nach den Urteilen, die nun ergangen sind, haben wir eine neue Situation. Herr Oberbürgermeister, ich habe eigentlich erwartet, daß sich die Verwaltung darüber Gedanken macht, nachdem man für diese Dinge nun zwei Jahre Zeit hatte. Ich meine, wir hätten wenigstens zu diesem wichtigen Punkt rechtzeitig eine schriftliche Ausarbeitung auf den Tisch bekommen sollen und nicht nur eine mündliche Stellungnahme vor der Debatte. Ich finde, das ist auch ein Stück Respekt vor dem Gemeinderat. Man hätte erwarten dürfen, daß man rechtzeitig über die Haltung der Verwaltung zu diesem Punkt informiert wird. Daß dies nicht geschehen ist, bedauere ich sehr. Ich kann Ihnen in diesem Fall die Erfüllung Ihres Versprechens, mit dem Gemeinderat fair zusammenzuarbeiten, nicht bestätigen. Ich gestehe Ihnen zu, daß Sie dies in anderen Dingen ehrlicherweise versuchen.

Welche Erklärung gibt es für dieses Verhalten? Wir haben uns schon des öftern die Frage gestellt. Wir können uns nicht vorstellen, daß diese Fragen nicht interessieren. Herr Oberbürgermeister, ich kann nicht glauben, daß Ihnen mögliche Beeinträchtigungen unserer Stadt gleichgültig sind. Vielleicht denken Sie auch, die SPD kann mir "den Buckel herunterrutschen". Man hätte in der Richtung durchaus tendieren können, wenn man sich anschaut, daß dieser Tagesordnungspunkt nach 2 1/2 Jahren endlich an 8. Stelle auf der Tagesordnung erscheint. Auch das wollen wir Ihnen nicht unterstellen.

Der eigentliche Kern dieser Sache ist sicherlich, daß Sie sich lange gefürchtet haben, bis zuletzt, hier Antworten zu geben, und zwar deshalb, weil Sie im Grunde genommen - wie auch immer die Antworten ausgefallen wären - ein Ergebnis hätten herbeiführen müssen, das auch Sie ursprünglich mit allen Mitteln verhindern wollten. Wenn Sie

ja gesagt hätten zu dieser möglichen Beeinträchtigung, dann hätten Sie eigentlich unseren Anträgen zustimmen müssen. Wenn Sie nein gesagt hätten, dann wäre das offensichtlich unrichtig gewesen. Ich sagte es schon vorher, man kann aus dem Nichtwissen über die Größe einer Gefahr nicht schließen, daß sie dann eben ungefährlich ist. Herr Oberbürgermeister, ich glaube, daß Sie uns durchaus verstehen. Ich bin auch davon überzeugt, daß die Mehrheit der CDU-Fraktion durchaus die Zielrichtung und das eigentliche Anliegen unserer Fragestellung verstanden hat. Wäre es eigentlich wirklich so schlimm, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen würden? Wir wollen weder Sie, Herr Oberbürgermeister, noch die CDU-Fraktion auf das "Glatteis" führen und gewissermaßen von hinten her ein Nein zur Nachrüstung erschleichen. Das wäre sowieso unglaublich, wenn Sie das hier beschließen würden - das wissen wir auch. Sie haben in den zuständigen Gremien ausreichend gesagt, daß Sie für die Nachrüstung sind. Es wäre ja lächerlich, wenn wir einen solchen Beschluß über die Hintertüre erschleichen wollten.

Ich meine, als Heilbronner Bürger kann und muß man diesen Anträgen zustimmen, gleichgültig ob man nun für oder gegen die Nachrüstung ist! Es hat jeder von Ihnen die Möglichkeit, nach einer Abstimmung im Wege der persönlichen Erklärung oder auch durch Fraktionserklärung zu Protokoll zu geben, daß ein Ja zu unseren Anträgen kein Nein zu der von Ihnen gewünschten Nachrüstung ist. Das können Sie sehr wohl tun, denn Sie vergeben sich damit überhaupt nichts. Wir sollten uns - und das sollten auch meine Nachredner wirklich beachten - hier nicht an das Pro und Kontra einer Nachrüstung klammern, sondern wirklich das entscheiden, wozu wir rechtlich in der Lage sind. Draußen mag jeder von Ihnen ein begeisterter Anhänger der Nachrüstung sein, oder vielleicht auch nur ein notgedrungener, genauso wie ich bekannt dafür bin, daß ich eben gegen diese Nachrüstung bin. Ich bin nicht gegen die Nachrüstung weil ich etwa glaube, die totale Friedfertigkeit könnte die Bedrohung aus dem Osten abwenden, sondern weil ich meine, daß die Nachrüstung im System der Abschreckung, das ich für richtig halte, überhaupt keinen Sinn macht!

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Trocknung von Neckarschlamm notwendig ist, ebenso wie die Kraftwerksentsorgung. Vieles andere Unangenehme ist auch notwendig. Die Anlegung von Tanklagern für Streitkräfte ist notwendig, selbst im Rahmen der konventionellen Verteidigung. Aber muß das in Heilbronn sein? Sie haben doch auch nie Scheu gehabt, zu sagen, daß Entsorgung sein muß, aber nicht in Heilbronn! Das ist genau das gleiche Argument. Wem wollen Sie denn die Entsorgung von Kraftwerken oder die Entsorgung des Neckarschlammes zumuten? Sie sa-

gen doch auch, überall nur nicht in Heilbronn. Das ist durchaus legitim. Dafür haben wir den Landtag und den Bundestag und die Landesregierung und die Bundesregierung, die solche Konflikte dann zu Lasten einer bestimmten Kommune entscheiden. Die Kommune ist aber nicht aufgerufen zu sagen, wir müssen aufgrund unserer Bundes- oder Landestreue grundsätzlich solche für uns schädliche und negative Einrichtungen aufnehmen. Das steht nirgends geschrieben. Das ist auch noch nie das Verständnis von Kommunalpolitik gewesen. Sie machen das in einhundert Fällen ebenso. Wenn diese Geschichte nicht mit der bundespolitischen Nachrüstungsdebatte verbunden gewesen wäre, dann hätten auch Sie überhaupt nie Bedenken gehabt, hier zu sagen, wir brauchen das in Heilbronn nicht. 500 m neben einer Großstadt errichtet man so eine Anlage nicht! Das wäre auch für Sie vor Jahren selbstverständlich gewesen, und zwar ohne jede Diskussion.

Meine Damen und Herren, wir sind von der Bürgerschaft gewählt, um Heilbronner Interessen zu vertreten und nicht die der Länder und des Bundes. Das St. Florians-Prinzip ist das Prinzip, nach dem Sie alle seit Jahren agieren. Wir haben das EVS-Kraftwerk auch nicht nur deshalb übernommen, um etwa dem Land einen großen Gefallen zu tun, sondern weil wir eigene kommunale Interessen hatten - Gewerbesteuer und Arbeitsplätze. Nach Abwägung der Interessen haben wir uns für die EVS entschieden. Wenn hier nichts für unsere Stadt herausgesprungen wäre, hätte kein Mensch daran gedacht, diesen "Apparat" nach Heilbronn zu holen.

Man braucht auch kein Militärexperte zu sein, um zu erkennen, daß die Raketen nicht unbedingt im Heilbronner Stadtwald stehen müssen. Das Nato-Gebiet zwischen Nordkap und Kurdistan - ich habe mir das noch einmal auf dem Atlas angeschaut - umfaßt viele Meere und auch Gebiete, die fast bevölkerungsleer sind und die genauso weit von Moskau entfernt liegen wie der Heilbronner Stadtwald. Es gibt auch keine moralische Verpflichtung der Stadt Heilbronn die Raketen zu übernehmen, weil wir etwa sagen müßten, daß alle anderen eine solche militärische Einrichtung haben und wir auch noch etwas übernehmen müssen. Ganz im Gegenteil, Heilbronn trägt seit Jahren viele Verteidigungslasten, ohne zu murren. Sie haben auch von uns noch kein Wort gehört wegen der Tanklager und der Kasernen mit all den Folgeproblemen. Wir sind aber der Meinung, daß das Maß in Heilbronn voll ist! Wir haben keinerlei moralische Verpflichtung aus unserer kommunalen Sicht, diese Raketen auf der Waldheide zu akzeptieren. Gerade die Stadt des 4. Dezember 1944 hat sogar ein moralisches Recht, von den Entscheidungsträgern zu fordern, daß diese Stationierung nicht in Heilbronn stattfindet.

Auch wenn es am Anfang polemisch war und es so ausgesehen hat, als ob dies hier unbedingt eine Nachrüstungsdebatte werden müsse, appelliere ich an Sie: Stimmen Sie diesen Anträgen zu oder enthalten Sie sich wenigstens der Stimme. Wenn Sie die Anträge ablehnen, heißt es doch ganz klar: Heilbronn begrüßt ausdrücklich, daß hier stationiert wird. Das kann doch im Ernst niemand von Ihnen wollen! Das unterstelle ich Ihnen auch gar nicht, Frau StR. Fuchs. Sie haben sich hier in etwas verrannt, indem Sie bundespolitische Argumente und kommunalpolitische Interessen einfach nicht auseinanderhalten konnten. Deshalb mein Appell an Sie: Enthalten Sie sich wenigstens der Stimme, damit nicht dieser Gemeinderat durch die Ablehnung unserer Anträge praktisch im Ergebnis beschließt, daß Heilbronn die Stationierung der Atomwaffen auf der Waldheide ausdrücklich begrüßt.

Wir sind von den Bürgern gewählt worden, Heilbronner Interessen zu vertreten, und zwar im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit. Ich bitte die Damen und Herren der CDU-Fraktion, sich insbesondere daran zu erinnern und danach zu handeln. Wenn Sie das tun, können Sie unsere Anträge nicht ablehnen!

OBM. Dr. We i n m a n n : Herr StR. Niethammer, ich muß einen Satz aufgreifen. Die Tatsache, daß sich zwei Gerichtsinstanzen mit der Rechtsfrage auseinandergesetzt haben, und daß sich die Rechtsaufsichtsbehörden ganz eindeutig zu dieser Frage äußerten, zeigen die Problematik und Schwierigkeiten dieser Angelegenheit auf. Für beide Auffassungen gibt es wirklich gute Gründe. Ich möchte mich auch voll vor das Rechtsamt stellen, das nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet hat!

StR. L e p p l e : Ich hatte mir eigentlich ein Konzept vorbereitet; das kann ich nun aber weglegen. Es hat gar keinen Sinn, dieses vorzulesen, denn viele der Gedanken die darin enthalten sind, wurden schon geäußert. Es wäre wenig sinnvoll, das alles zu wiederholen.

Herr Kollege Niethammer, vieles von dem was Sie gesagt haben, ist sehr einleuchtend - das ist gar keine Frage. Eine Ausführung zum Schluß hat mich aber doch sehr gestört, nämlich die Feststellung, daß derjenige, der Ihrem Antrag nicht zustimmt, es ausdrücklich begrüßt, daß die Raketen auf der Waldheide stationiert werden. Herr StR. Niethammer, so möchte ich das nicht sehen. Sie können nicht jemandem, der nicht Ihrer Meinung ist, unterstellen, daß er dann diese Maßnahme begrüßt. Sie wissen so gut wie ich, daß die Debatte, die wir heute führen, lediglich eine Willensäußerung dieses Gemeinderates darstellt. Es ist aber keine Entscheidung, die für irgend jemand Folgen haben wird. Folglich können Sie auch nicht

sagen, daß jeder, der Ihrem Antrag nicht zustimmt, ausdrücklich die Stationierung der Raketen auf der Waldheide begrüßt. Damit bin ich nicht einverstanden. Ist es rich-

Auch die Aussagen, die Sie, Frau Kollegin Fuchs, über die bundespolitischen Maßnahmen getroffen haben, sind exakt richtig und unbestritten. Darum kann es also bei der heutigen Debatte nicht gehen. Ich werde mich bei meinen Ausführungen schlicht an die Anträge halten, die Sie gestellt haben. Sie fordern mit Ihren Anträgen den Gemeinderat auf, zu der Situation auf der Waldheide Stellung zu beziehen. Hier gibt es zweifellos für den Heilbronner Bürger und für die Mitglieder des Gemeinderates Aussagen zu machen. Wir können diese Aussagen machen, ohne befürchten zu müssen, daß man von irgend jemandem dafür zur Rechenschaft gezogen wird. Das ist die Freiheit, die wir uns hier erlauben können. Dafür sind wir dankbar und wir wollen, daß das so bleibt. bereits angesprochen. Aber ich

Zu der Frage Stationierung von Raketen auf der Waldheide möchte ich folgendes sagen: Wer die Waldheide von früher kennt und sie heute sieht, kann natürlichen über den jetzigen Zustand keine positive Äußerung machen. Die Waldheide war früher ein Erholungsgebiet. Sie war selbst in der Nachkriegszeit noch Tummelplatz für viele Unternehmungen. Ich kann mich noch daran erinnern, wie dort oben ein Flugtag abgehalten wurde und Modellflugzeuge geflogen sind. Das ist heute dort nicht mehr möglich. Was nun das Auge sieht, ist beinahe ein erschreckendes Bild. Wer etwas anderes behauptet, macht sich selbst etwas vor. Das Erholungsgebiet Waldheide ist nicht mehr das was es einmal war. nicht richtig herausgestellt; GKN II wird gebaut

Wir müssen annehmen, und es gibt wohl genügend Gründe die dafür sprechen, daß hier nukleares Material verborgen wird; sonst wäre eine Bewachung, wie wir sie dort vorfinden, nicht erfolgt. Was mich schon bei der Besichtigung etwas beunruhigt hat, war eine Feststellung, die für mich neu war, nämlich, daß noch ein erheblicher Teil des Waldes dem Bund gehört. Das würde also heißen, wenn irgendwelche Maßnahmen getroffen werden, so wären sie immer rechtens. Wir als Stadt Heilbronn hätten dann darauf keinen Einfluß. Das ist eine Situation, die mir sehr zu denken gegeben hat. Um es klar zu sagen: Eine Ausweitung der bisherigen Anlagen auf die bestehenden, dem Bund gehörenden Teile des Waldes wäre gar nicht zu verhindern. man in

Ich weiß nicht, wer die Entscheidung getroffen hat, daß hier Raketen stationiert werden sollen. Ich kann mir nur vorstellen, daß es angenehm war, es in Heilbronn zu vollziehen, weil alle Voraussetzungen aus militärischer Sicht dafür optimal waren. Bei uns gibt es Kasernen und Gelände; hier war also alles da. Hätte man aber nicht etwas

mehr Instinkt beweisen können? Ich meine, diese Frage darf man doch stellen. Heilbronn ist eine Stadt, die vor 40 Jahren dem Erdboden gleichgemacht wurde. Ist es richtig, eine solche Stadt jetzt zu einer Stationierungsbasis atomarer Rüstung zu machen? Ich glaube, kein Bürger dieser Stadt würde diese Frage bejahen! Wir müssen weiter sehen, und daran führt kein Weg vorbei, daß Heilbronn eine Großstadt ist. Auch das Umfeld ist dicht besiedelt. Im unmittelbaren Bereich wohnen ungefähr eine viertel Million Menschen. Muß man solche Stellungen in dicht besiedelten Gebieten unterbringen? Warum hat man das beispielsweise nicht in Heidelberg getan? Heidelberg hat nicht solche Belastungen wie Heilbronn. Sie sollten einmal darüber nachdenken, warum das nicht geschah. Muß man eine solche Basis in ein dicht besiedeltes Industriegebiet hineinsetzen, um die Gefährdung noch zu erhöhen?

Ein anderer Punkt wurde bereits angesprochen. Aber ich muß es doch noch einmal wiederholen. Als wir seinerzeit beschlossen haben, das Kraftwerk in Heilbronn zuzulassen, haben wir gewußt, was wir taten. Uns war klar, was wir uns und dem Stadtbild zumuten. Ob es den Bürgern allen klar war, weiß ich nicht, denn die Bürger haben erst hinterher gesehen, was dort alles in die Höhe gewachsen ist. Seinerzeit hat die Stadt doch ein erhebliches Engagement gezeigt, um Dinge bei uns zu dulden. Muß alles, und diese Frage wurde auch schon gestellt, nach Heilbronn kommen?

In unmittelbarer Nachbarschaft liegt Neckarwestheim. Als wir damals dem Kraftwerk zugestimmt haben, sind wir davon ausgegangen, daß der Block II nicht gebaut wird. Das hat sich als nicht richtig herausgestellt; GKN II wird gebaut werden. Wir haben unmittelbar in unserer Nachbarschaft mit Obrigheim noch ein weiteres Atomkraftwerk. Es wurden auch schon andere Beispiele aufgezählt, was man unserem Raum schon zugemutet hat. Manchmal hat man fast den Eindruck, als würde man es nur deshalb tun, weil hier niemand aufbegehrt! Es ist unseren Bürgern schon vieles zugemutet worden. Das Aufbegehren kam immer erst dann, als es bereits zu spät war. Ich fürchte, daß auch bei dem heutigen Thema ein Aufbegehren zu spät kommt.

Ich meine, wenn man gegen den Standort Heilbronn ist, so hat dies nichts mit dem St. Florians-Prinzip zu tun. Es kann nicht sein, daß man einem alles zumutet und die anderen reiben sich die Hände. Ich glaube, wir können in Heilbronn mit gutem Gewissen, und auch ohne Verteidigungskonzepte anzufechten, sagen, daß wir unser Soll erfüllt haben. Ich muß als Heilbronner Bürger das Recht haben zu sagen, das paßt mir nicht. Ich hätte am liebsten keine Raketen, nirgendwo in der Bundesrepublik. Vor der Haustüre haben wir aber genügend Belastungen. Muß nun auch noch eine solche Belastung auf uns zukommen?

Wir werden den Anträgen der SPD-Fraktion zustimmen, weil wir davon überzeugt sind, als Bürger der Stadt Heilbronn ein Recht zu haben, uns gegen eine solche Stationierung zu wehren, mit der Begründung, daß wir schon genug Belastungen zu tragen haben. Diese Stationierung muß nicht in einem dicht besiedelten Raum sein. Diese Stationierung muß man nicht einer Stadt zumuten, die vor einer Generation die totale Zerstörung erlebt hat. Das sind Dinge, die man in der Vergangenheit anders hätte anpacken können. Wir werden diese Anträge deshalb unterstützen. Grund

StR. Theilacker: Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie mir bitte einen kurzen Rückblick auf die Rechtslage, so wie sich diese mir darstellt. Ich habe als Benjamin im Gemeinderat gegen den SPD-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann geklagt, weil er meinen Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat. Er hat dies nicht damit begründet, daß mein Antrag nicht von einem Viertel des Gemeinderates unterstützt wurde und ich deshalb keinen solchen Antrag stellen dürfe, sondern er hat gesagt, der Heilbronner Gemeinderat sei nicht zuständig eine Erklärung abzugeben, daß man diese Waffen ablehnt. Wir können jederzeit, ebenso wie jeder Bürger an die verantwortlichen Stellen einen Brief schreiben. Herr Oberbürgermeister, Sie betonten, daß Sie letztlich in der Sache recht bekommen haben, obwohl das Verwaltungsgericht meinem Antrag entsprochen hat. Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, möchte ich doch bemerken, daß Sie in dem Punkt nicht recht bekommen haben, den Sie von dem ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Hoffmann übernommen haben. Ein weiterer Punkt ist, und das ist in der Presse auch falsch dargestellt worden, Sie haben das Recht bekommen, über Ermessensfehler frei zu entscheiden, das heißt, Sie dürfen laut diesem Urteil Ermessensfehler gegenüber kleinen Gruppierungen machen, die weniger als ein Viertel des Gemeinderates darstellen. Es ist völlig klar, daß ich damit nicht zufrieden bin.

Die Klagen der SPD-Fraktionen in Karlsruhe und Stuttgart haben aber bewirkt, daß ein Gemeinderat Stellung nehmen kann. Herr Oberbürgermeister, der Gemeinderat darf nicht nur dann darüber sprechen, wenn die Gemeinde konkret davon betroffen ist, sondern bereits dann, wenn nur die Möglichkeit besteht, daß man betroffen sein könnte. Das Gericht hat hierzu ein Beispiel gegeben. Wenn nun in einer Stadt z. B. eine militärische Einrichtung besteht und dort möglicherweise eine Umrüstung stattfinden könnte, so wäre die Gemeinde betroffen.

Ich möchte nun nicht alles wiederholen, was bereits gesagt wurde. Aber verschiedene Dinge werden von mir doch unterschiedlich gewichtet. Die jetzige Diskussion ist um

zwei Jahre verzögert worden. Nach zwei Jahren sieht manches anders aus. Heilbronn ist einer von drei Orten in ganz Europa, wo stationiert wird. Frau StR. Fuchs meinte, wenn wir nicht die Raketen nehmen, müßte dies eben Ludwigsburg tun. Das ist überhaupt nicht der Fall. Es geht auch nicht um Backnang oder ähnliche Städte.

Wir sind im Zentrum der Weltöffentlichkeit. Fernseheteams geben sich in Heilbronn die Hand, aber nicht weil wir so liebenswerte Leute sind, oder so ein schönes Weindorf haben, sondern einzig und allein aus dem bekannten Grund. Wir haben eine besondere Verantwortung, zumal diese Raketen bis ins Herz von Rußland reichen. Das ist ein Zitat des neuen Kommandanten, der in Neckarsulm in sein Amt eingeführt wurde. Er hat das mit einer bemerkenswerten Offenheit gesagt.

Er hat ja sicherlich Grund über die Pershing-Raketen zu reden, einfach deshalb, weil sie in seiner Machtbefugnis stehen. Eine Vertuscherei geschieht zum großen Teil nicht wegen der Wahrung militärischer Geheimnisse, sondern sie richtet sich einzig und allein gegen die Interessen der Bevölkerung. Warum wird denn diese Mauer gebaut? Doch nur deshalb, daß die Bevölkerung nicht laufend sieht, daß dahinter die neuen Raketen stehen! Ich habe drei verschiedene Bilder mitgebracht - auch in der Presse wurde heute eines veröffentlicht - die zweifelsfrei belegen, daß in Heilbronn die Pershing II stationiert ist, ebenso wie die Pershing I.

Sie wissen alle, daß man inzwischen mit Satelliten einen Briefkasten auf einer Kreuzung identifizieren kann. Die Russen wissen durch ihre Aufklärungssatelliten, von den Spionen gar nicht zu reden, was sich dort oben seit Jahr und Tag befindet - nämlich 9 Raketen, die in ständiger Alarmbereitschaft stehen. Das haben inzwischen auch Heilbronner herausbekommen. Diese 9 Raketen stehen jede für sich abgetrennt in jeweils drei von Mauern umschlossenen Bereichen und können jederzeit im Rahmen ihrer Funktion eingesetzt werden. Man nennt das quick reaction alert site, d. h. Bereitschaftsstellung für schnelle Gegenschläge. Das macht unsere Lage in Heilbronn umso schwieriger.

Es ist bekannt, daß schon oftmals falscher Alarm gegeben wurde. Es geschah einmal Ende der 70er Jahre, als man erst nach 6 Minuten den falschen Alarm erkannte und die Bomber bereits abgeflogen waren. Was würde heute im Falle dieser Nach-Nachrüstungs-Raketen passieren? Frau StR. Fuchs hat vergessen, dies zu erwähnen, denn es gibt nicht nur die Nachrüstung, sondern der potentielle Gegner hat schon Nach-Nachrüstungs-Raketen in der CSSR aufgestellt. Uns wird also nun mit einer sehr viel kürzeren Vorwarn-

zeit gedroht. Wir, d. h. ein ausländisches Staatsoberhaupt muß innerhalb einer Minute entscheiden, ob er auf den Knopf drückt. Aus lokaler Sicht wäre zu sagen, daß wir Kuba und Cape Canaveral zugleich sind. Cape Canaveral deshalb, weil wir dort oben ständig 9 zweistufige Raketen stehen haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese eines Tages in den Weltraum fliegen werden und dann in einem Zielflug, der schon von einem Computer einprogrammiert wurde, treffsicher auf das Ziel zufliegen. Das ist auch einer der Gründe, warum ich seinerzeit für den Gemeinderat kandidiert habe, obwohl ich weiß, daß ich das kaum ändern kann.

Kuba sind wir, weil wir in Heilbronn erstmals in der Lage sind, das Herz eines potentiellen Gegners zu treffen. Analog dazu darf ich daran erinnern, daß Chruschtschow vor 20 Jahren in Kuba Raketen aufstellen wollte. Durch ein Ultimatum wurde das verhindert. Seinerzeit drohte ein Weltkrieg auszubrechen. Heute haben wir genau die gleiche Situation, nämlich eine sehr kurze Vorwarnzeit für die anderen. Wir in Heilbronn sind die Leidtragenden.

Wir haben heute die Gelegenheit, wenn die Mehrheit dieses Gremiums es will, eine Erklärung zu diesem Sachverhalt, der auf die lokalen Aspekte abhebt, abzugeben. Ich freue mich, daß die FDP signalisiert hat, daß sie das eventuell könnte. Ich habe dazu einen eigenen Antrag formuliert, den ich teilweise begründet habe. Vielleicht ist es möglich, daß wir einen gemeinsamen Antrag formulieren. Andernfalls stelle ich meinen Antrag ebenfalls zur Abstimmung.

In den 50er Jahren war es selbstverständlich, daß sich der Gemeinderat einmütig gegen die Aufstellung von Nike- und Herkules-Raketen auf dem Heuchelberg gewehrt hat.

Das waren die Raketen, die damals von Adenauer und Strauß als taktische Atomwaffen im Bereich des Gefechtsfeldes angeschafft wurden. Der Gemeinderat hat dagegen protestiert. Heute stehen diese Raketen nicht mehr dort. Sicherlich nicht nur aufgrund des Heilbronner Protestes. Heute stehen die Raketen im Wahlkreis von Ministerpräsident Lothar Späth in der Nähe von Bietigheim. Daran können Sie sehen, wie sich die Zeiten gändert haben. Heute ist es so, daß die Oberbürgermeister gegen die Interessen der Bevölkerung agieren. Zunächst hat der SPD-Oberbürgermeister die elementarsten Interessen grob mißachtet; beide Heilbronner Oberbürgermeister haben die Daseinsinteressen der Heilbronner Bevölkerung grob mißachtet. Der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Hoffmann hat eine Diskussion über die Gefährdung Heilbronn durch Pershing-I-Raketen abgelehnt. Angeblich wußte er offiziell nichts über deren Existenz, obwohl verschiedene immer darauf hingedeutete.

auf den Knopf drückt.

Ein amerikanischer Kommandant hat ihm eine holzgeschnitzte Pershing in einem feierlichen Akt übergeben. Die Feuerwehr, deren Dezernent damals Dr. Weinmann war, hat den Brandschutz auf der Waldheide gewährleistet. Früher gab es dort eine eigene Feuerwehr, die wurde aber zwischenzeitlich aufgelöst. Heute wird auf der Waldheide nicht nur der Brandschutz, sondern neuerdings auch der Strahlenschutz gewährleistet. Die Heilbronner Feuerwehr verfügt über ein sehr gut ausgerüstetes Strahlenschutzkommando. Der Oberbürgermeister kann Ihnen sicher sagen, welche Stoffe zur Verfügung stehen und welche Stoffe dieses Gelände gefährden könnten. Sind es Treibstoffe, ist es Radioaktivität? Sicherlich ist beides der Fall. Wir haben diese ABC-Einheiten nicht nur wegen Neckarwestheim und Obrigheim, sondern natürlich auch wegen der Waldheide.

Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann wurde seinerzeit über die Qualifikation der Fahrer der amerikanischen Rakentransporter informiert. Die Betonung liegt also auf Raketransportfahrer. Auch von daher hat er gewußt, daß hier Raketen sind. Heute weiß dies selbstverständlich jeder Heilbronner. Ich wundere mich auch darüber, daß auf dem Papier, das uns zur Verfügung gestellt wurde, immer noch steht, daß Sie nicht genau wüßten, was dort oben passiert. Herr Oberbürgermeister, das nehme ich Ihnen nicht ab!

Frau StR. Fuchs hat ebenfalls einige Aspekte gestreift, auf die ich kurz eingehen möchte. Man braucht zu allen Dingen wenigstens zwei, nämlich einen der es will und einen der es mit sich machen läßt. Es gibt amerikanische Kräfte, die wollen, daß sich im Ernstfall der 3. Weltkrieg - was sich niemand wünscht - dort abspielt, wo auch die beiden anderen Kriege stattgefunden haben, d. h. in Europa. Das ist das amerikanische St. Florians-Prinzip. Deshalb kommt das Maximum an Gefährdungspotential nach Europa. Die Bonner Koalitionen SPD und FDP und auch die jetzige waren eben willige Untertanen, die das haben mit sich machen lassen. Wir Heilbronner tragen nun das Risiko. Wenn ein amerikanisches Staatsoberhaupt auf den Knopf drücken darf und sonst niemand, dann heißt dies nichts anderes, als daß wir Souveränitätsrechte aufgeben. Dies ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Dieser Verstoß wird gerade im Rahmen eines Verfahrens geprüft, das in Karlsruhe anhängig ist. Dazu möchte ich mich aber nun nicht näher auslassen.

Wir müssen ja gewisse Pläne durchzuführen. Diese Pläne sollen nun vom kleinen Ratssaal in eine neue, gesicherte Stellung verlegt werden. Da eine Waffe in aller Regel eingesetzt wird, ich kenne keinen Fall, wo dies nicht getan wird, frage ich mich, was passiert, wenn dieses ausländische Staatsoberhaupt innerhalb von einer Minute auf den Knopf drückt.

Es gibt amerikanische Quellen die sagen, daß da keine Entscheidung mehr fallen kann. Hier sitzen bestimmte Leute irgendwo tief unter der Erde in verbunkerten "Kästen" und haben einen Bildschirm vor sich, auf dem sie die Bewegungen des Gegners beobachten und weitermelden. Was passiert im Ernstfall in Heilbronn? Ruft der amerikanische Präsident uns bzw. den Oberbürgermeister vorher an und sagt, daß er in zwei Minuten auf den Knopf drücken wird? Das wird sicherlich nicht der Fall sein! Deshalb nützt eben der Kommandobunker für 3 Millionen DM nichts. Was nützt ein kleines gesichertes Gebäude, wenn wir im Volltrefferbereich liegen? Nur diejenigen haben den Nutzen, die daran verdienen. Vielleicht hilft es aber auch einer mehr und mehr wach werdenden Bevölkerung, um sich über bestimmte Mechanismen klar zu werden.

Zunächst bitte ich, noch folgende Fragen zu beantworten: Wieviele der Waldstellungen für die Pershing-Laffetten befinden sich im Heilbronner Raum oder in der Umgebung? Welche Aufgabe hat die QRA-Stellung auf der Waldheide mit 9 startbereiten atomaren Raketen, nachdem doch das Pershing-Konzept mit mobilen Raketen operiert? Es steht seither in allen Quellen, daß das Risiko durch ständiges Herumfahren verteilt werden soll. In Heilbronn stehen aber stationäre Waffen.

Die Pershing-Raketen sind für den potentiellen Gegner äußerst bedrohliche Waffen. Welche Waffensysteme sind andererseits möglicherweise auf die Pershing-Basen gerichtet und welche Zerstörungskraft haben diese? Warum sieht die Stadt Schutzraumbauten für den sogenannten Grundschutz vor, wenn abzusehen ist, daß ein Stationierungsort Zielgebiet ist? Möglicherweise nützt ein sogenannter Grundschutz in den Außenbereichen etwas, aber dann auch nur für wenige Tage. Nach meiner Meinung besteht dafür kein Anlaß.

Wer ist für den Strahlenschutz verantwortlich? Ist für die Waldheide tatsächlich die Heilbronner Feuerwehr verantwortlich? Welche Aufgaben hat die Heilbronner Feuerwehr auf der Waldheide und wird sie dafür bezahlt?

Die nächste Frage wird besonders Spaziergänger interessieren. Gelten auf der Waldheide amerikanische Gesetze und welchen Wortlaut haben diese Gesetze? Das ist sicherlich von Bedeutung, wenn deutsche Bürger festgehalten, kontrolliert oder ihnen irgendwelche Maßnahmen angedroht werden. Ist die Verwaltung bereit, Anstrengungen zu unternehmen, damit der nordwestliche Teil der Waldheide wieder für die Heilbronner freigegeben wird? Dort befindet sich ein kleiner Sportplatz, der von den Amerikanern nicht genutzt wird. Es gibt eigentlich objektiv gesehen

keine Begründung, warum nicht wenigstens dieser kleine Teil in die Verhandlungen mit eingebracht wird.

Seit ich im Gemeinderat bin, wurde in Heilbronn noch keine Bürgerversammlung abgehalten. Herr Oberbürgermeister, sind Sie bereit, zu diesem wichtigen Thema des Daseinsinteresses der Heilbronner Bevölkerung eine Bürgerversammlung abzuhalten?

Ist es richtig, daß ein Gefährdungspotential ersten Ranges, wie es die Atomraketen sind, auch negative Auswirkungen auf Grundstückspreise, auf Industrieansiedlungen und somit auch auf Arbeitsplätze haben kann? Trifft es zu, daß die Sandsteinbogenbrücke über dem ehemaligen Militärweg unter anderem zur besseren Nutzung für amerikanische Atomtransporter ausgebaut werden soll? Sehen Sie hier keine Heilbronner Vorleistung für eine Unterstützung der stattfindenden Stationierung?

Ich bin der Überzeugung, daß wir das Leid eines 4. Dezember nicht anderen Völkern zufügen dürfen. Auch ich bin kein totaler Pazifist der sagt, wir sollten uns auf den Boden setzen und die Hände halten. Ich meine wir sollten defensive Einrichtungen haben, die es am 4. Dezember 1944 eben nicht gab. Damals gab es beispielsweise keine nennenswerte Flak, die die Bomber hätte abweisen können. In diesem Zusammenhang wäre auch die Frage interessant, wie Heilbronn derzeit überhaupt gesichert ist, wenn eine Rakete anfliegt. Wo wird diese Rakete abgefangen? Für die Heilbronner Verteidigungsmaßnahmen wäre diese Frage ungeheuer wichtig.

Ich meine, es gibt keine Werte, die erhaben genug wären, den ersten Knopfdruck zu rechtfertigen. Auch würden keine Toten wieder auferstehen, wenn wir als zweite den Knopf drücken, um den Vergeltungsschlag auszuüben. Wir würden in diesem Fall nur das Leid noch weiter potenzieren, ohne irgendeinen Gewinn. Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland hat diese atomare Bedrohung einen ganz besonderen Aspekt. Wir richten diese Raketen nämlich nicht auf irgendwelche Ausländer, von denen man ein Feindbild haben könnte, weil sie vielleicht blutrünstig sind oder unsere Frauen vergewaltigen, sondern wir richten diese Raketen auf unser eigenes Volk. Die Pershing-I-Raketen beispielsweise haben lediglich eine Reichweite von 160 - 750 km und können deshalb Dresden oder maximal Warschau erreichen. Spätestens hier, und ich appelliere insbesondere an die CDU, sollte uns ein Licht aufgehen. Sollten wir die Raketen auf unsere Verwandten richten, nur weil sie Teil eines totalitären Staates sind und so eine Art von Wiedervereinigung unter dem Atompilz, der vielleicht von Heilbronn herrührt, betreiben? Das wäre eine traurige Nachricht, wenn es tatsächlich so kommen würde.

Ich habe bereits schriftlich verschiedene Anträge gestellt, die ich noch einmal vorlesen möchte:

"1. Der Gemeinderat der Stadt Heilbronn lehnt, erfüllt von der Erkenntnis, daß Atombomben immer in erster Linie die Zivilbevölkerung (Hiroshima, Nagasaki) treffen und deshalb der Einsatz ein Verbrechen an der Menschheit darstellt und in dem Bewußtsein, daß wir das Leid eines 4. Dezember 1944 nicht anderen Völkern zufügen dürfen, aber auch nicht dem anderen Teil unseres eigenen Volkes und besorgt von dem Wissen, daß Raketen-Basen die ersten Ziele des nächsten Krieges sein werden und daß es noch nie eine Waffe gab, die nicht auch eingesetzt worden wäre, Atomwaffen innerhalb des Stadtgebietes ab.

Er fordert die Bundesregierung und die übrigen Nato-Staaten auf, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen, auch weil das niederländische Parlament einer Stationierung nicht zugestimmt hat und somit die Beschluß- und Geschäftsgrundlage der Risikoverteilung nicht erfüllt ist. Wir werden alles in unserer Macht und Verantwortung stehende tun, um nicht im Wege der Amtshilfe das Bestehen und den Ausbau des Atomraketenstützpunktes Heilbronn zu fördern.

Wir bitten Sie - das wären Bundeskanzler, Bundestagsabgeordnete, Staatsoberhäupter der Nato-Staaten und die Fraktionsvorsitzenden in den Parlamenten der Nato-Staaten -dringend, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um Massenvernichtungswaffen in ganz Europa über Verhandlungen zu reduzieren. Helfen Sie mit, das Wettrüsten in Ost und West einzudämmen. Wir alle wissen, daß Atomraketen keinen Schutz bieten können, denn wer als Erster auf den Knopf drückt, stirbt als Zweiter.

2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, bei den zuständigen Stellen eine Besichtigung der Waldheide mit den Abschußrampen und dem Atomwaffenlager von innen und unterirdisch zu erwirken.

Das ist nicht blauäugig, das ist in Greenham Common und auch in anderen Orten geschehen. Vielleicht ist es nur in Staaten geschehen, in denen die Demokratie ein bißchen früher flügge war als bei uns.

3. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, gemäß der Ankündigung des Pressesprechers im Verteidigungsministerium darauf hinzuwirken, daß der Heilbronner Bevölkerung eine Besichtigung der Pershing-II im Rahmen eines Tages der offenen Tür ermöglicht wird, wie es schon in den 60er Jahren Praxis war."

O.B.M. Dr. We i n m a n n : Herr Stadtrat Theilacker, ein Teil Ihrer Fragen wurde bereits schriftlich beantwortet. Ein anderer Teil, und das haben wir Ihnen auch schriftlich mitgeteilt, ist nicht zu beantworten. Ein weiterer Teil Ihrer Fragen muß noch geprüft werden. Eine Frage kann ich Ihnen aber sofort beantworten. Außerhalb des eingezäunten Militärareals gilt ausschließlich deutsches Recht. Kein Amerikaner hat dort einen Deutschen zu kontrollieren oder festzuhalten. Wenn sich dort irgendwelche verdächtige Personen aufhalten, so haben die Amerikaner die deutsche Polizei zu benachrichtigen.

St.R. T h e i l a c k e r : Herr Oberbürgermeister, ich habe Verständnis, daß Sie nicht alle meine Fragen sofort beantworten können. Kann ich davon ausgehen, daß diese Fragen noch schriftlich beantwortet werden? Im übrigen sind die Fragen die ich heute gestellt habe, nicht mit früheren Fragen identisch.

O.B.M. Dr. We i n m a n n : Ihre Fragen stehen im Protokoll, und sie werden beantwortet.

St.R. D ö r n e r : Ich muß mich über verschiedene Dinge wundern, die heute passiert sind, nachdem wir alle zweieinhalb Jahre auf diese Diskussion gewartet haben. Ich freue mich, daß die Zuhörer so aufmerksam sind. Gleichzeitig bedauere ich, daß dieses Gremium so beispiellos lässig den jeweils anderen Rednern zuhört bzw. nicht zuhört und sich in Privatgespräche vertieft. Das ist kein gutes Zeichen. Hier schließe ich auch die Verwaltungsbank mit ein. Ich finde es kein gutes Beispiel, wenn man so einen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben am Anfang gesagt, daß man durchaus verschiedener Meinung sein kann. Das wird man auch bei meinem Wortbeitrag hören. Ich muß mich aber über die beispiellose Naivität von Herrn Theilacker wundern, der als Lehrer vielleicht einmal meine Kinder erziehen wird. Er hat Dinge gefragt, die normalerweise von Geheimdiensten in jahrelangen Recherchen untersucht werden. Diese Fragen möchte er alle von der Verwaltung beantwortet haben. Er läßt sogar zum Tag der offenen Tür der Pershing-Station ein.

Ich darf mich ebenso über den Kollegen Niethammer wundern. Er hat als Staatsanwalt auf unsere Demokratie einen Eid abgelegt. Er dürfte eigentlich nicht sagen, daß er die Ansicht eines Jugendlichen respektieren muß, wenn dieser in die Anlage dort oben eindringen will. Theoretisch müßte er sofort einschreiten, auch wenn beispielsweise eine Diaserie kursiert mit Fotos, die normalerweise im Ostblock gefertigt ... Ich brauche das nicht weiter auszumalen. Ich weiß schon jetzt, in welche "Schubladen"

man mich schiebt. Ihre letzte Ausführung hat das ja deutlich gemacht. Sie sagen, diejenigen, die nicht Ihrer Meinung sind, begrüßen was dort oben passiert.

Ich möchte hier keine einstudierte Rolle spielen. Ich bin 44 Jahre alt und habe drei Kinder. Meine Jüngsten sind drei und fünf Jahre alt. Ich selbst möchte gerne hundert Jahre alt werden und an unserer wunderschönen Welt weiterformen und mitgestalten. Ich versuche außerdem, meinen Kindern eine Zukunft zu geben, so gut ich es kann. So zum Beispiel durch meine Mitarbeit im Gemeinderat oder beruflich, indem ich an der Universität Stuttgart täglich mit Jugendlichen zu tun habe, die zum Teil aus dem Gymnasium kommen, an dem StR. Theilacker unterrichtet.

Eigentlich ist es grotesk und unzumutbar, daß ein Diskussionsthema überhaupt heißen kann: "Mögliche Beeinträchtigung von Belangen der Stadt Heilbronn und ihrer Bürger durch die Stationierung von Nuklearwaffen auf der Waldheide." Für jeden intelligenten Menschen liegt doch klar auf der Hand, daß jede Waffe, jeder mögliche Gewaltakt gegen einen Menschen oder eine Gruppe von Menschen eine Beeinträchtigung deren Belange darstellt. Die Geschichte zeigt, daß eine Waffe immer irgendwann und irgendwo gegen Menschen eingesetzt worden ist. Nuklearwaffen auf der Waldheide sind eine tödliche Gefahr für alle Heilbronner Bürger, doch nicht nur für diese! Glaubt eigentlich wirklich jemand daran, daß Bürger in Ludwigsburg, Obereisesheim oder in Zaberfeld weniger gefährdet sind? Alle die so etwas glauben, sind unrealistisch und blauäugig.

Bei dem ergangenen Gerichtsurteil für Heilbronn habe ich den Verdacht, daß die Richter keinesfalls davon ausgingen, daß man im Heilbronner Gemeinderat eine allgemeine außen- und verteidigungspolitische Diskussion führen sollte. Ich unterstelle, so lächerlich dies für die Zuhörer klingen mag, daß die Verwaltungsrichter formal die Beeinträchtigungen durch Lärm, Abgase, Abwasser, Strahlung und Bewegungsfreiheit der Bürger meinten und nicht die militärische Einrichtung, also keine Meinungsäußerung zu verteidigungspolitischen Grundsatzfragen, wie sinnvoll eine Politik des Gleichgewichts des Schreckens oder verharmlost gesagt, des militärischen Gleichgewichts ist. Verfolgen wir ein völlig falsches Konzept? Hat uns dieses Konzept nicht 40 Jahre Frieden gebracht? In unserem Land war noch nie so lange Frieden.

Für die Freien Wähler gelten nach wie vor die Kommentare zur Gemeindeordnung. Ich zitiere für die Juristen und Staatsanwälte hier im Gremium: "Eine Gemeinde darf keine eigene Außenpolitik betreiben oder ein eigenes Heer unterhalten, wie z. B. im Mittelalter. Eine Souveränität im staatsrechtlichen Sinne kommt der Gemeinde nicht zu. Ihr

Wirken beschränkt sich auf ihren Gemeindebereich und innerhalb dieses räumlich begrenzten Wirkungskreises wieder auf örtliche Aufgaben."

Für mich heißt dies, daß auf Flächen der Bundesvermögensverwaltung eine städtische Einflußnahme nicht möglich ist. Die Aufstellung oder die Nichtaufstellung von Waffen oder Raketen stellt keine örtliche Aufgabe der Gemeinde dar.

Es ist mir klar, daß es völlig unerheblich ist, welche Argumentation ich hier zur Sache vortrage. Wenn ich nicht mit denjenigen übereinstimme, die als einzige glauben das Schlagwort Frieden gepachtet zu haben, steckt man mich automatisch in die alles vereinfachende "Schwarz-weiß-Schublade" der Kriegstreiber, der Friedensgegner und der Raketenbefürworter. Morgen könnte es in der "Heilbronner Stimme" heißen: Heilbronner Stadträte begrüßen die Raketen auf der Waldheide. Leute, die sich so lautstark artikulieren, sollten daran denken, daß sie das nur aufgrund des Schutzes der von ihnen so verachteten und mißachteten Gesellschaftsform, nämlich unserer Demokratie tun können. Man hört ja heute einem Andersdenkenden gar nicht mehr zu, denn man weiß alles viel besser. Das Geschrei nach Frieden wird zum Schlagwort. Wer lebt denn heute persönlich in Frieden? Wegen jeder Kleinigkeit wird mit dem Nachbarn prozessiert, gleichgültig ob es um einen Zaun, um den Lärm von einem Tennisplatz oder um Froschgequake geht. Wer lebt mit seiner Familie in Frieden? Heute hat man nur Rechte und Ansprüche, aber natürlich keine Pflichten! Wen wundert es, daß die Großmächte voller Mißtrauen einander gegenüberstehen und sich gegenseitig die Gefährdung des Friedens vorwerfen. Der Frieden ist heute nicht mehr gefährdet als z. B. zur Zeit der Kubakrise.

Die Freien Wähler haben es in dieser Sache leichter als die Parteien. Wir sind hauptsächlich auf kommunaler Ebene tätig und haben deshalb in Land und Bund keine fesselnden Parteidoktrinen zu beachten. Wenn Herr Kohl Raketen will und Herr Vogel diese ablehnt, so hat das für unsere Entscheidungsfindung zunächst keine Bedeutung. Als Interessensverband für unsere Bürger in Städten und Gemeinden können wir gleichwohl über die gesetzgebenden Organe unseren Einfluß geltend machen.

Da wir heute bei diesem Tagesordnungspunkt - durch ein für uns nicht verständliches Urteil - keine Gemeinderats-sitzung im eigentlichen Sinne haben, sondern quasi einen "parlamentarischen Zwischen-Schwebe-Zustand", äußern wir eben auch verteidigungspolitisch und sogar faktisch unsere außergemeinderätliche Meinung. Es ist ein heller Wahnsinn, was weltweit auf dem Gebiet der Rüstung geschieht!

Stationierung von Atomwaffen, Raketen, chemischer und biologischer Waffen gehört weltweit untersagt, geächtet! Ein Tornado-Flugzeug kostet inklusive einem Ersatzteilsatz über 80 Millionen DM. Unser Theater mit allem drum und dran kostete weniger. Die Freien Wähler sprechen sich gegen den Rüstungswahnsinn aus!

Wir Freien Wähler weisen aber auch unmißverständlich darauf hin, daß nach den Spielregeln unserer gewählten Form des Zusammenlebens, der parlamentarischen Demokratie und der eingeführten Gewaltenteilung jede Äußerung eines Gemeinderates zu diesen Fragen nur eine Bitte oder Empfehlung zur Beendigung eines Zustandes in dieser Frage sein kann. Einflußmöglichkeiten anderer Art haben wir in diesem Gremium nicht. Alles andere wäre "Schaumschlägerei", oder was ich vermute, die Herunterzongung dieses weltbedrohenden Problems zu einem billigen Wahlkampfthema!

Im Ernstfall ist es völlig bedeutungslos, wo in der Bundesrepublik Waffen, Raketen oder Flugzeuggeschwader stationiert sind. Allein 200 Atombomben würden das Ende der Erde bedeuten. Die Folge wäre eine sonnenlichtundurchlässige Lufthülle und das Gefrieren des Bodens bis in 2 m Tiefe sowie ein schneller Hungertod der Überlebenden. Der Ernstfall darf nie geschehen. Daran müssen wir in erster Linie arbeiten. Ich bin hier durchaus optimistisch und glaube, daß sich die Intelligenz durchsetzen wird. Die Menschen müssen aber bereit sein, Verantwortung zu tragen, echte Verantwortung, ich sage sogar christliche Verantwortung und keine unverbindliche Scheinverantwortung wie dies unsere Berufspolitiker des Landes und Bundes tun. Seit ich im Gemeinderat bin, versuche ich echte Verantwortung zu tragen. Man muß unaufhörlich miteinander reden, aber auch einander zuhören und auf Argumente eingehen.

Wir können Verhandlungen und Gespräche forcieren, und zwar über unsere gewählten Mandatsträger. Wir als Stadt könnten mit den Ostblockstädten Partnerschaften schließen. Das liegt in unserer Kompetenz. Wir müssen von unten her den Prozeß beginnen, nachdem die führenden Politiker im Augenblick dazu nicht in der Lage sind. Wir sollten auch einmal mit eingefleischten kommunistischen Politologen reden. Es muß geredet werden, denn wenn man aufhört miteinander zu reden, ist man gleich mit dem Druck auf den Knopf parat.

Im Übrigen kann ich als Stadtrat der Stadt Heilbronn nur noch einmal wiederholen: Ich bin gegen dieses atomare Wettrüsten, ich bin gegen jegliche Art von atomaren Waffen inklusive ABC-Waffen. Ich kann aber in diesem Gremium nur Empfehlungen und Bitten unterstützen und auf keine Beschlüsse eingehen, die mir die Gemeindeordnung nicht zugesteht.

StR. F r i t z : Nach den wieder einmal belehrenden Äußerungen des Kollegen Dörner möchte ich gleich zur Sache kommen. Es geht heute nicht darum, daß wir hier im Gemeinderat Nato-Politik machen, sondern es geht darum, so wie ich meine, unserer Pflicht nachzukommen, an der wir über zwei Jahre mit rechtlichen Ausreden gehindert worden sind. Wir haben die Pflicht, die andernorts selbstverständlich war, uns gegen derartig bedrohliche Einrichtungen wie die Raketenstationierung auf der Waldheide zu wehren. Ich wage zu behaupten, daß diese Raketenstellung möglicherweise nicht in Heilbronn wäre, sondern anderswo, wenn wir uns rechtzeitig gewehrt hätten. Ich fühle mich durch diese Raketenstellung bedroht. Ich bin der Ansicht, daß diese besser heute als morgen abgebaut werden sollte. Ich verahre mich auch dagegen - wie dies Frau StR. Fuchs in gewohnter Manier wieder einmal verstanden hat - mich der Unredlichkeit beschuldigen zu lassen. Das war ja der globale Vorwurf gegenüber der SPD.

Ich wage zu behaupten, wenn Paul Meyle in Heilbronn noch das Amt des Oberbürgermeisters ausgeübt hätte, als die von Kollege Niethammer zitierten ersten Nachrichten in der Zeitung gestanden haben, als also die ersten Anfänge auf der Waldheide sichtbar wurden, daß dieser Mann von Pontius zu Pilatus gelaufen wäre, um von unserer Stadt, so wie es seine Verpflichtung gewesen wäre, diesen Schaden abzuwehren. Dies wäre auch die Pflicht seiner Nachfolger gewesen! Wissen Sie, Herr Kollege Kübler, deshalb habe ich mich eigentlich zu Wort gemeldet. Als Kollege Niethammer bei seinen Ausführungen davon sprach, daß neben allen anderen Bedrohungen und Schädigungen unter anderem auch das Image unserer Stadt leide und Heilbronn neben Mutlangen einer der meist bedrohten Orte in der Bundesrepublik ist, haben Sie uns herübergerufen: Das ist Ihr Verdienst! So einfach kann man sich die Sache natürlich auch machen. Nicht derjenige ist schuld, der dagegen Sturm läuft, sondern diejenigen, die sich bisher nicht dagegen gewehrt haben. Ich sage noch einmal, jeder der eine unangenehme Einrichtung aufstellen wird, weicht zunächst dort zurück, wo er auf Widerstand stößt. Am Schluß wird er dorthin gehen, wo es keinen Widerstand gibt. Ich glaube, bei all diesen Dingen haben wir uns in Heilbronn ausgezeichnet. Volkes trennen. Genau das versuchen Sie. Wir werden nachher über die Anträge abstimmen. Ich weiß, das ist für Sie sehr unbequem. Hier geht es darum, ob der Gemeinderat der Stadt Heilbronn feststellt, daß diese dort oben gelagerten Atomwaffen aus kommunaler Sicht unerwünscht sind. Lehnen Sie diesen Antrag ab, dann heißt dies im Klartext: Sie sind erwünscht. Das Gegenteil von unerwünscht ist nun einmal erwünscht. Hier kommen Sie nicht um eine Entscheidung herum.

In unserem 2. Antrag heißt es, daß der Gemeinderat den Wunsch ausdrückt, daß die Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen auf der Waldheide aufgehoben wird und auch in Zukunft nicht mehr erfolgt. Lehnen Sie den Antrag ab, dann bringen Sie das Gegenteil dieses Wunsches zum Ausdruck. Jeder kann einen Antrag stellen und jeder hat dann die Möglichkeit, diesem Antrag zuzustimmen oder diesen abzulehnen. Sie haben uns mit Ihren Anträgen auch schon des öfteren vor die Frage gestellt, ob wir zustimmen sollen oder nicht. Es gibt Zwangssituationen, bei denen man eben abwägen muß, was besser und wichtiger ist. Diesen "Schuh" müssen Sie anziehen!

StR. K ü b l e r : Wir haben nun seit ca. zweieinhalb Stunden Argumente dafür und dagegen gehört. Eines möchte ich aber von vornherein zurechtrücken: Es kann nicht angehen, daß uns die SPD in die Position setzt, seid ihr nicht willig, dann seid ihr für Gewalt. Das ist genau das, was die Kollegin Fuchs zwischen den Zeilen Ihrer Anträge sehr richtig, präzise und deutlich herauskristallisiert hat, und was sie Ihnen bereits zu Beginn der Debatte "ins Stammbuch" geschrieben hat. Wir, die CDU-Fraktion, sind mindestens genauso für den Frieden in dieser Welt, wie Sie, liebe Kollegen! Wir sind mindestens genauso wie Sie der Auffassung, daß ein "Teufelszeug" wie es hier oder in Rußland stationiert wird, auf dieser Welt eigentlich nichts zu suchen hat! Der Oberbürgermeister hat dies auch zu Beginn der Sitzung angesprochen.

Herr StR. Fritz sagte: "Ich fühle mich von Raketen, die es vielleicht dort oben geben soll, bedroht." Kollege Fritz fühlt sich aber nicht von den SS-20-Raketen bedroht, die auf uns gerichtet sind. Ich möchte nun nicht auf eine solche Diskussion eingehen, obwohl ich es könnte. Ich könnte Sie z. B. fragen, ob Sie meinen, daß es sinnvoll und positiv ist, wenn wir uns überhaupt verteidigen. Eines können Sie nicht tun, nämlich uns ins Mittelalter zurückversetzen. Sie können nicht sagen, wir bauen um Heilbronn eine Mauer herum - aus, fertig! Herr Kollege Dörner hat gesagt, was tatsächlich los ist. Sie tun so, als ob wir alleine auf der Welt wären. Das ist genau die Unredlichkeit von der wir gesprochen haben. Sie können die kommunalen Belange nicht von den nationalen Belangen eines Volkes trennen. Genau das versuchen Sie hier zu tun! Sie versuchen hier eindeutig, die Ursache - nämlich die Bedrohung, der wir ausgesetzt sind - von der Wirkung zu trennen, nämlich der Verteidigung, die wir aufgebaut haben! Dafür - und das möchte ich auch sagen, selbst wenn es im Augenblick nicht opportun erscheint - danke ich den amerikanischen Freunden, die hier für unsere Freiheit ihre "Haut zu Markte tragen".

Ich muß in diesem Zusammenhang auch ein bedauerndes Wort an die FDP richten. Unsere amerikanischen Freunde sind hier bereit, unsere Freiheit und unsere Demokratie mit uns zusammen zu schützen. Wer Afghanistan vergißt, wer den Prager Frühling vergißt, wer vergißt, daß es im anderen Teil Deutschlands keine freien Wahlen gibt, wer vergißt, daß ohne Schutz Unfreiheit herrscht, wer vergißt, daß uns der Kommunismus und der Sozialismus nur friedliche Koexistenz vorgaukeln und dann aggressive Überraschungen vornimmt wie in Afghanistan, wer das vergißt, der tut mir leid! Ich nehme an, Sie haben auch Solschenizyns "Archipel Gulag" gelesen. Einen solchen Zustand möchte ich nicht in unserer Republik. Das nehme ich auch Ihnen ab.

In diesem Fall kann man sich natürlich nur schwer Wir glauben, daß unsere Freiheit besser geschützt ist, wenn wir die Möglichkeit haben, sie zu verteidigen. Wenn Sie sagen, wir wollen das nicht, so ist das Ihre Sache. Ich wollte eigentlich diese Ausführungen gar nicht machen, weil die ganze Geschichte derart festgefahren ist. Ihre Taktik haben wir erkannt. Mit Erlaubnis des Oberbürgermeisters möchte ich ein kleines Gedicht von Wilhelm Busch vortragen. Es ist ein Gleichnis aus der Tierwelt. Ich möchte unser Verhalten unter dieses Gleichnis stellen. Vielleicht denken Sie einmal über diese Verse nach. Es heißt: "Bewaffneter Friede".

'Ganz unverhofft an einem Hügel
Sind sich begegnet Fuchs und Igel.

Halt, rief der Fuchs, du Bösewicht!
Kennst du des Königs Ordre nicht?
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
Und weißt du nicht, daß jeder sündigt,
Der immer noch gerüstet geht?
Im Namen seiner Majestät
Geh her und übergib dein Fell.

Der Igel sprach: Nur nicht so schnell..
Laß dir erst deine Zähne brechen,
Dann wollen wir uns weiter sprechen!

Und allsogleich macht er sich rund,
Schließt seinen dichten Stachelbund
Und trotz getrost der ganzen Welt
Bewaffnet, doch als Friedensheld.'

Vielleicht sind Sie der Aufmerksamkeit von Wilhelm Busch eher aufgeschlossen als unserer Argumentation.

StR. Nie th a m m e r : Es kam, wie es kommen mußte, die Damen und Herren von der CDU und auch Herr StR. Dör-
"hat uns das Fell über die Ohren". Läppisch, läp-
"kann ich nur sagen, Herr StR. Kübler. Nicht einmal

ner haben teilweise sicherlich beachtenswerte rhetorische Beiträge geliefert. Das Dumme an der Sache ist nur, daß sie sich auf die falsche Debatte vorbereitet haben. Das ist jetzt ihr großes Problem. Sie hatten sich offenbar auf eine Debatte vorbereitet, in der wir den Part spielen sollten: Gegen Verteidigung, gegen Bündnis, für die Russen, für "Archipel Gulag" und sonstige weitere Albernheiten. Wir haben uns aber schlicht und einfach auf eine kommunalpolitische Auseinandersetzung vorbereitet, aufgehängt an der Frage, ob wir in Heilbronn irgend einen Grund haben, aus kommunalpolitischer Sicht die Raketen auf der Waldheide für gut oder für weniger gut zu halten. Das ist eben das Problem, Herr StR. Dörner, wenn man sich so festlegt. Sie haben ja auch ein vorgetippte Rede gehabt. In diesem Fall kann man sich natürlich nur schwer auf eine neue Situation einstellen. Das ist Ihnen nicht gelungen.

Auch Kollege Kübler hat sich schon gedanklich gar nicht mehr von dieser Debatte lösen können, die er hier halten wollte. Herr StR. Kübler, wir haben das zwar nie diskutiert, weil es eben kein kommunalpolitisches Thema ist, ich kenne aber niemanden in der SPD-Fraktion, der gerne Zustände wie im Osten hätte. Ich kenne niemanden in der SPD-Fraktion, der nicht selbstverständlich einen Verteidigungsbeitrag der freien Welt befürwortet. Ich kenne niemanden in der SPD-Fraktion, der nicht grundsätzlich dafür wäre, daß man den militärischen Bedrohungen des Ostens sinnvoll entgegentritt. Ich habe Ihnen schon mehrfach gesagt, aber Sie haben das nie akzeptiert, weil Sie vorgefertigte Reden vor sich liegen hatten, daß sich der Bundestag niemals darüber unterhalten hat, ob nun Rüstung gut oder schlecht sei, sondern man hat sich nur darüber unterhalten, ob im System der Abschreckung diese Nachrüstung sinnvoll ist. Es gibt Leute, die sagen, daß die Nachrüstung einfach nichts bringt. Das sind aber alles Geschichten, die eigentlich nicht in den Gemeinderat gehören. Sie haben aber dies hier hereingebracht. Das ist im Grunde genommen eine echte militärpolitische Streitfrage, die man so oder so behandeln kann. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß es in Amerika viele Militärs und Politiker gibt, die diese Frage in unserem Sinne beantworten, daß nämlich die Nachrüstung gar nicht viel bringt.

Sie haben ständig versucht, zuletzt Herr StR. Kübler in seiner wirklich bekannten polemischen Weise - ich dachte er hat sich das zwischenzeitlich abgeschminkt - die Sache so darzustellen, als ob hier im Grunde genommen die naiven Idioten sitzen, die "die Hosen herunterlassen" und zu den Russen sagen: "Kommt her, brecht uns die Zähne aus und zieht uns das Fell über die Ohren". Läppisch, läppisch kann ich nur sagen, Herr StR. Kübler. Nicht einmal

bei der bundespolitischen Debatte sollte man sich auf ein solches Niveau begeben. Nicht einmal der Bundestag hat dies bei der Nachrüstungsdebatte getan. Sie brauchen sich nicht darüber aufzuregen. Ich finde das einfach unehrlich. Glauben Sie mir, ich kenne Herrn Kübler, ich habe mich mit ihm schon persönlich unterhalten. Er ist gar nicht so dumm, um nicht zu wissen, um was es uns geht. Er hat aber gemerkt, wenn er sich wirklich auf die reine kommunalpolitische Ebene begibt, daß er dann schlecht aussieht und er diese Anträge eigentlich gar nicht ablehnen kann! Hier zieht einfach die Behauptung nicht, wir würden den Standpunkt des St. Florians-Prinzips einnehmen.

Herr StR. Dörner, ich war enttäuscht, daß Sie z. B. gesagt haben, man hat keinen Einfluß auf Flächen im Stadtgebiet, die dem Bundesvermögensamt gehören. Ich möchte Ihnen einmal folgende Frage stellen: Wenn das Land auf einem landeseigenen Grundstück im Hafen eine Schlamm-trocknungsanlage errichten will die stinkt, würden Sie dann auch sagen, weil es sich um ein Grundstück des Landes handelt, deshalb kann ich dazu nichts sagen? Das wäre doch selbstverständlich, daß wir uns im Gemeinderat dazu äußern würden. Wir äußern uns auch dazu, wenn auf privatem Gelände Recycling- oder Bitumenmischanlagen entstehen. Es ist doch vollkommen egal, wem ein Grundstück gehört. Hier sind wir aus kommunaler Sicht gefragt!

Herr StR. Dörner, ich verstehe nicht, daß Sie unsere Anträge offenbar ablehnen wollen. Gleichzeitig sagen Sie aber, daß Sie bereit wären, Bitten und Wünsche auszusprechen. Nichts anderes haben unsere Anträge zum Gegenstand. Hier heißt es einfach: "Der Gemeinderat drückt den Wunsch aus, daß die Stationierung nicht erfolgt." Natürlich wissen wir, daß wir letztlich keine Entscheidungsmöglichkeit haben. Man darf doch aus unserer kommunalen Betroffenheit her Wünsche äußern. Das hat auch Herr StR. Lepple so gesehen, obwohl sich seine Partei im Bundestag aus respektablen Gründen für die Nachrüstung ausgesprochen hat. Von daher sehe ich gar kein Problem, wenn Sie diesen Anträgen zustimmen. Bitte führen wir doch die Nachrüstungsdiskussion auf Kreisverbandsebene außerhalb des Gemeinderats mit aller Härte. Dort können Sie sagen, was Sie wollen. Hier im Gemeinderat sollten Sie sich aber auf die reinen kommunalen Aspekte beschränken, so wie Sie es bisher auch bei anderen Dingen immer getan haben.

Zu den Anträgen von StR. Theilacker möchte ich folgendes sagen: Herr StR. Theilacker, wir können Ihrem ersten Antrag deshalb nicht zustimmen, weil wir gesagt haben, wir wollen hier im Gemeinderat niemanden dazu zwingen, irgendeine verteidigungspolitische Aussage für oder gegen die

Atomrüstung zu machen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Sie können deshalb von der Mehrheit dieses Gemeinderates nicht verlangen, daß sie Ihre Meinung akzeptiert. Sie wollen in Heilbronn keine Raketen haben. Das ist gut so und diese Forderung ist auch in unserem Antrag enthalten. Die Ziffern 2 und 3 Ihres Antrages können wir übernehmen. Herr StR. Dörner, warum sollte man eigentlich nicht einen Tag der offenen Tür dort oben machen? Ich finde das gar nicht so witzig. Früher war das gang und gäbe. Zeigen wir doch einmal den Heilbronnern was dort oben alles steht. Vielleicht sind sie sogar begeistert!

StR. Theilacker: Mein Antrag, der auch eine Begründung mit umfaßt, ist im Prinzip eine Erklärung. Ich halte meinen Antrag aufrecht und möchte diesen zur Abstimmung stellen. Ich bitte, über meine Anträge einzeln abzustimmen.

Es ist das Wort gefallen, daß unsere amerikanischen Freunde für unsere Freiheit "ihre Haut zu Markte tragen würden". Das war vielleicht doch etwas übertrieben formuliert. Ich möchte Sie fragen, warum stehen in New York oder in einer anderen Großstadt oder in einer mittleren Stadt in Amerika wohl keine Atomraketen. Die Amerikaner wissen sehr genau, daß man solche Raketen nicht unmittelbar neben Städten placiert. Die Amerikaner haben ihre MX-Raketen in den Wüstenstaaten aufgestellt. Wir haben bei uns keine Wüsten. Amerikanische Strategen haben sich schon verschiedentlich dahingehend geäußert und Europa als Gefechtsfeld bezeichnet. Der amerikanische Präsident hat sogar Atomkriege in Europa als gewinnbar hingestellt. Unsere Sorge ist deshalb durchaus begründet.

Nun noch ein Wort zu den Kosten für diese Raketen. Eine Rakete allein kostet 400 Millionen DM. Wenn wir nun die bereits in Bereitschaft stehenden Raketen nehmen, von den unterirdisch gelagerten gar nicht zu reden, kommen wir auf einen Betrag von 3,6 Milliarden DM. Das sind zweimal die Kosten für das EVS-Kraftwerk. Wenn wir nun alle 36 Raketen zusammennehmen, die bei uns vorgesehen sind, so entspricht dies einem Betrag von insgesamt 14 Milliarden DM. Das sind mehrere Atomkraftwerke und fünfmal soviel konventionelle Kraftwerke.

StR. Dörner: Ich möchte zu den Ausführungen von Stadtrat Niethammer noch einen Satz sagen. Eine Debatte lebt von Rede und Gegenrede. Ich bin gerne bereit, einmal in freier Rede mit Ihnen, Herr StR. Niethammer, in Konkurrenz zu treten. Ich habe meine Rede so vorbereitet wie es üblich war. Als kleine Gruppe wird man gerne zur Ordnung gerufen, wenn man ausschweift und zu lange frei spricht. Man gerät dann leicht in die Gefahr - Kollege Theilacker weiß das auch -, daß einem die Verwaltung ge-

legentlich in die Parade fährt. Ich wollte meine Ausführungen kurz und knapp halten, und deshalb muß man manchmal die Gedanken etwas sortieren.

Ich habe zum Schluß meiner Ausführungen gesagt, daß heute einer dem anderen nicht mehr zuhört. Herr StR. Niethammer, Sie haben auch nicht zugehört. Ich habe mit keinem Wort gesagt, daß ich Ihren Anträgen nicht zustimmen kann, sondern ich habe ausgeführt, daß ich Bitten, Empfehlungen und Wünschen jederzeit zustimmen kann. Das können wir im Gemeinderat tun, aber eben keine Beschlüsse fassen über Dinge, die uns nichts angehen. Das habe ich gesagt, und nun wird mir unterstellt, es sei nicht richtig.

OBM. Dr. We i n m a n n : Ich lasse nun zunächst über die Ziffern 1 und 2 des Antrages der SPD-Fraktion abstimmen:

- " 1. Der Gemeinderat der Stadt Heilbronn stellt fest, daß die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf der Waldheide stationierten oder gelagerten Atomwaffen aus kommunaler Sicht unerwünscht sind.
2. Der Gemeinderat drückt den Wunsch aus, daß die Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen auf der Waldheide aufgehoben wird und auch in Zukunft nicht mehr erfolgt. Er ersucht alle zuständigen Stellen, diesem Wunsch Rechnung zu tragen."

Die Ziffern 1 und 2 des Antrages der SPD-Fraktion werden bei 19 Stimmen für den Antrag und 18 Gegenstimmen angenommen.

OBM Dr. We i n m a n n : Ich stelle nun die Ziffern 3, 4 und 5 des Antrages der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

- "3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entschließung des Gemeinderates der Bundesregierung und den amerikanischen Streitkräften in Deutschland zur Kenntnis zu bringen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich alles in die Wege zu leiten, damit Raketentransporte sowie eventuell gesonderte Transporte von Nuklearsprengköpfen nicht mehr durch das Stadtgebiet, insbesondere nicht mehr über Jägerhausstraße/Waldsteige erfolgen. Eine Sperrung dieser Straßenzüge für den gesamten Militärverkehr ist zu prüfen.
5. Der Oberbürgermeister berichtet dem Gemeinderat binnen eines Monats über die Erledigung der Anträge Ziffer 3 und 4."

StR. N i e t h a m m e r : Ich möchte die Ziffer 5 unseres Antrages etwas ändern. Hier bitten wir innerhalb eines Vierteljahres über die Erledigung zu berichten.

Die Ziffern 3, 4 und 5 des Antrages der SPD-Fraktion werden bei 19 Stimmen für den Antrag, einer Stimmenthaltung und 17 Gegenstimmen **a n g e n o m m e n**.

OBM. Dr. W e i n m a n n : Ich habe mich in diesem Fall der Stimme enthalten, weil ich beauftragt werde, etwas zu tun.

Ich lasse nun über die Anträge von Herrn StR. Theilacker abstimmen, die Ihnen schriftlich vorliegen.

StR. T h e i l a c k e r : Ich bitte darum, daß Sie meine Anträge noch einmal vorlesen

OBM. Dr. W e i n m a n n : Herr StR. Theilacker, Ihre Anträge liegen allen Stadträten vor. Im übrigen haben Sie diese bereits vorgelesen.

StR. T h e i l a c k e r : Nachdem durch die Annahme der Anträge der SPD-Fraktion ein Beschluß in dem Sinne gefaßt wurde, wie ich in meinem Antrag Ziffer 1 formuliert hatte, bitte ich nun über die Ziffer 2 meines Antrages abzustimmen.

OBM. Dr. W e i n m a n n : Der Antrag Ziffer 2 von StR. Theilacker lautet: "Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, bei den zuständigen Stellen eine Besichtigung der Waldheide mit den Abschlußrampen und dem Atomwaffenlager von innen und unterirdisch zu erwirken."

Bei 15 Stimmen für den Antrag, 2 Stimmenthaltungen und 20 Gegenstimmen wird die Ziffer 2 des Antrages von StR. Theilacker abgelehnt.

OBM. Dr. W e i n m a n n : Ich stelle nun die Ziffer 3 des Antrages von StR. Theilacker zur Abstimmung. Diese hat folgenden Wortlaut:

"Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, gemäß der Ankündigung des Pressesprechers im Verteidigungsministerium darauf hinzuwirken, daß der Heilbronner Bevölkerung eine Besichtigung der Pershing-II im Rahmen eines Tags der offenen Tür ermöglicht wird, wie es schon in den 60er Jahren Praxis war."

Die Ziffer 3 des Antrages von StR. Theilacker wird mit Stimmenmehrheit **a b g e l e h n t**.

Somit ist

b e s c h l o s s e n :

1. Der Gemeinderat der Stadt Heilbronn stellt fest, daß die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf der Heilbronner Waldheide stationierten oder gelagerten Atomwaffen aus kommunaler Sicht unerwünscht sind.

Fortsetzung zu Nr. 233 vom 19. Juli 1984

GR-Druck-Nr.
253

Az.: 3o T.154/19App.: 2755

14.06.84

2. Der Gemeinderat drückt den Wunsch aus, daß die Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen auf der Waldheide aufgehoben wird und auch in Zukunft nicht mehr erfolgt. Er ersucht alle zuständigen Stellen, diesem Wunsch Rechnung zu tragen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entschliebung des Gemeinderates der Bundesregierung und den amerikanischen Streitkräften in Deutschland zur Kenntnis zu bringen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich alles in die Wege zu leiten, damit Raketen Transporte sowie eventuell gesonderte Transporte von Nuklearsprengköpfen nicht mehr durch das Stadtgebiet, insbesondere nicht mehr über Jägerhausstraße/Waldsteige erfolgen. Eine Sperrung dieser Straßenzüge für den gesamten Militärverkehr ist zu prüfen.
5. Der Oberbürgermeister berichtet dem Gemeinderat binnen eines Vierteljahres über die Erledigung der Anträge Ziffer 3 und 4.

O.B.M. Dr. We i n m a n n : Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen meine Damen und Herren, die Sie heute Zuhörer waren und so lange ausgeharrt haben, für Ihr diszipliniertes Verhalten zu danken. Sie wissen, die Gemeindeordnung verpflichtet normalerweise den Oberbürgermeister darauf hinzuweisen, daß Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen zu unterbleiben haben. Ich habe heute bewußt von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht, nachdem Sie sich so zurückgehalten haben.

... Verwaltungsausschuss ... Heilbronn besichtigt die Raketenan-
... auf der Waldheide von aussen mit der Möglichkeit der Teilnahme des
... Gemeinderates.

... auf welche Weise wird der Oberbürgermeister den Schutz der Bevölkerung
... Unfällen mit Nuklearwaffen sicherstellen?

... welche Vorkehrungen für den Katastrophenfall sind seitens des Ober-
... Bürgermeisters getroffen?

... die Verwaltung die Auffassung des Regierungspräsidenten, dass durch
... Stationierung von Atomwaffen auf der Waldheide gemeindliche Planun-
... nicht berührt werden und ist sie der Auffassung, dass gemeindliche
... Planungen dadurch auch zukünftig unter keinen Gesichtspunkt berührt
... werden können?